Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Infections-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Berichts-
 und Besprechungs-Artikeln 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 22. August 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Presßankündigung.

Der Geschichtsschreiber, der einstmals es unternimmt, die Korruption in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts zu schildern, wird vielleicht das vornehmste und umfangreichste Kapitel seines Buches der deutschen Presse widmen müssen. Schamloser angelegen und mit schäblicheren Mitteln zum politischen Krein gemacht hat niemand den biederen deutschen Spießbürger, als jene Leute, so sich die stehende Großmacht schimpfen. Bismarck wachte genau, warum er in den Schweinefall der deutschen Journalistik den Futtertrög des Weisensfonds stellte. Und das Wort: der ist dumm, der an der Strippe sitzt und nicht frisst, dürfte ein Schmaß erfunden haben.

Der Herrlichkeit des hannoverschen Reptilienfonds wurde nun freilich ein jähes Ende bereitet. Aber dafür fanden sich andre Leute, die auch ein Herz für die Litteratur haben. Die Schlotbarone und Kohlenjunker, die Börseaner und Grundstückspekulanten haben genau erkannt, was bedrucktes Papier unter Umständen wert ist. Und so weist in ihren Special-Contis: Diverse Ausgaben der Posten P r e i s e die stattlichsten Zahlen auf.

Einer aber unter den Mäthern der öffentlichen Meinung ist's, den die Herren besonders ins Herz geschlossen haben. Schw e i n b u r g, der edle Wädhre, freischt schwingelnd ein Jahresgehalt ein, das die Bezüge eines Ministers um das Mehrfache übersteigt. Für ihn, dem — wie der „Kladderadatsch“ behauptet — selbst die Gabe des Schreibens verlagert ist, wird jahraus, jahrein der Wettelsack geschwungen. Die Liebenswürdigkeit eines bekannten Industriellen legt uns in die Lage, mit der Veröffentlichung eines solchen Wettelbriefs Herrn Schweineburg und seinem Beschützer Wack eine kleine Freude zu bereiten. Er lautet:

Vertraulich.

An die Mitglieder des Centralverbands deutscher Industrieller.

Hiermit erneuern wir die Bitte an unsere geehrten Mitglieder, einen freiwilligen Beitrag zu dem Preßfonds zu leisten, der beson-
 nentlich getrennt von den, aus den ordentlichen Beiträgen der Mit-
 glieder gebildeten Mitteln des Centralverbands verwaltet und
 hauptsächlich zur Herausgabe der „Neuen Reichskorrespondenz“
 (Nebenbeilage der „Berliner Politischen Nachrichten“, D. N.) ver-
 wendet wird.

Diese „Korrespondenz“ wird kostenfrei an 465 Zeitungen ver-
 sandt; dabei sind namentlich kleinere lokale Blätter ins Auge ge-
 faßt, deren Herausgeber mit möglichst geringen Redaktions-
 aufwand arbeiten müssen, denen daher die „Korrespondenz“ außer-
 ordentlich willkommen ist. Diese lokalen Blätter, welche meistens
 in den Wirtschaftskreisen ausliegen, dringen mehr in das Volk als die
 großen Zeitungen und dienen daher ganz besonders dem mit der
 Korrespondenz verfolgten Zwecke. Mit Rücksicht auf diesen Umstand
 haben wir bereits seit mehreren Jahren in der Korrespondenz,
 neben der Vertretung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen
 der Industrie, energisch den Kampf gegen die Unsturzparteien ge-
 führt; es sind wöchentlich ein bis zwei Artikel besonders gegen die
 Bestrebungen der Socialdemokratie geschrieben worden. Gerade diese
 Artikel, welche sehr fleißig abgedruckt werden, haben der Kor-
 respondenz neue Freunde erworben, so daß sich die von Zeitungs-
 verlegern ausgehenden Gesuche um Zulassung derselben wieder
 gemehrt haben.

Unsere geehrten Mitglieder werden bei Beobachtung des
 Ganges der Verhältnisse in unserem öffentlichen Leben und des
 Kampfes der Parteien mit Bedauern wahrgenommen haben,
 daß sich, in Verfolgung von Sonderinteressen, der Gegensatz
 zwischen den einzelnen Gewerksgruppen verschärft hat.
 Besonders wird die Industrie von verschiedenen Seiten immer
 stärker umdrängt, indem die Angriffe energisch gegen Institutionen
 in unserem Staats- und Wirtschaftsleben gerichtet werden, die als
 wesentliche Grundlagen einer gedeihlichen industriellen Thätigkeit
 angesehen werden müssen. Unter diesen Umständen werden unsere
 Mitglieder die Bedeutung der Bestrebungen des Centralverbands
 erkennen, welche darauf gerichtet sind, das Verständnis für die
 Bedeutung der Industrie und die Lebensbedingungen derselben
 durch die Thätigkeit der Presse im öffentlichen Leben zu fördern.

Da zu dieser Thätigkeit die ordentlichen Mittel des Central-
 verbands nicht ausreichen, so hoffen wir, daß unsere geehrten Mit-
 glieder der eingangs an sie gerichteten Bitte nachkommen werden.
 Wir gestatten uns noch zu bemerken, daß die in dieser Art von
 den einzelnen Mitgliedern gewährten freiwilligen Beiträge zwischen
 10 M. und 5000 M. schwanken.

Solche Beiträge bitten wir unter der Bezeichnung:
 „Für den Preßfonds des Centralverbands
 deutscher Industrieller“
 an die Kasse der Direktion der Diskonto-Gesell-
 schaft, Berlin W., Unter den Linden 55, abzuführen
 und daß solches geschehen, unserer Geschäftsführung gütigst anzu-
 zeigen.

Hochachtungsvoll
 Direktorium des Centralverbands deutscher Industrieller.
 Der Vorsitzende:
 Th. Häbler.
 Der Generalsekretär:
 P. A. Bueß.

Zwar ist es nichts Neues mehr, was wir in diesem Schriftstück
 lesen. Doch es ist wertvoll, allemalig zu belegen, wie das Unter-
 nehmen die Fälligkeit der öffentlichen Meinung betrifft.
 Und zu den zahlreichen Freunden und Abnehmern der Schweine-
 burgischen Unsauberkeiten gehören heute nicht mehr nur kleinere lokale
 Blätter, sondern auch große Zeitungen, die ein Duzend Redacteurs

und mehr in ihren Redaktionsstuben sitzen haben. Wie das kommt?
 Vielleicht lebt in manchem der bürgerlichen Zeitungsbediensteten noch
 ein Rest von Scham, die zur Ableistung der pöbelhaftesten Ver-
 schimpfungen wider die Arbeiterbewegung des Schweineburg bedarf.

China.

Si-Hung-Tschang hat an alle Mächte eine gleichlautende Note
 überreicht, in der er um Eröffnung von Verhandlungen ersucht. Die
 Mächte haben eine Antwort noch nicht erteilt, sie beraten offenbar
 noch untereinander, ob und in welcher Weise sie Friedensverhandlungen
 führen sollen.

Ueber die Einnahme Peking's liegen einige weitere Nachrichten
 vor, doch bringen sie nichts wesentlich Neues. Die Kaiserin soll doch
 nicht mehr in Peking wollen, genaues über ihren Aufenthalt und
 ihre Absichten ist aber nicht bekannt.

Si-Hung-Tschang als Vermittler.

Aus Paris wird vom 21. August gemeldet:
 Nach einer hierher gelangten Meldung aus London hat der
 dortige chinesische Gesandte Salisbury ein Telegramm Si-Hung-
 Tschang's überreicht, in dem Si-Hung-Tschang um die Ernennung
 von Bevollmächtigten zur Eröffnung von Verhandlungen
 ersucht, da die Gesandten in Peking nun vertrieben seien. Eine gleich-
 lautende Note ist allen Mächten überreicht worden.

Nutzer über Si-Hung-Tschang.

Bischof v. Auzer, der Leiter der Missionen in Schantung, sprach
 sich vor einigen Tagen in Keapel kurz vor seiner Rückreise nach
 China, über Si-Hung-Tschang äußerst anerkennend aus. Er sagte:
 „Si-Hung-Tschang ist der liberalste und zuweilen offenerherzigste
 Chinese, den ich kenne. Die Mächte haben unrecht, der heutigen
 Mission Si-Hung-Tschang's mit so großem Mißtrauen gegenüber
 zu stehen. Sicher ist, daß der Vicelkönig, der zwischen dem
 chinesischen Völkchen und dem europäischen Hammer sich befindet,
 sich keine Gelegenheit zu einer sich etwa darbietenden Versöhnung
 entzählen lassen wird.“

Kämpfe um und in Peking.

Tokio, 20. August. Nach einem von Tientsin am 16. d. M.
 abgegangenen telegraphischen Bericht, welcher vom General
 Yamaguchi in Peking am 15. d. M. ausgegeben war, hatte
 die der Eriegung der Mäße und dem Einmarsch der Truppen
 vorausgegangene Beschießung acht bis neun
 Stunden gedauert. Der Feind zog sich in die innerliche
 Stadt zurück. Eine starke Truppenmacht wurde dorthin zur Ver-
 setzung entsandt, sich jedoch auf sehr starken Widerstand.
 Der japanische General und sein Stab sind in die japanische Ge-
 sandtschaft eingezogen, der Rest der japanischen Truppen ist außer-
 halb des Aulung-Thores gelagert.

Washington, 20. August. Die hiesige japanische Ge-
 sandtschaft hat folgendes Telegramm aus Tokio vom 19. August
 empfangen: Nach dem Einzug der verbündeten Truppen in Peking
 zogen sich die chinesischen Truppen nach dem innerlichen Palast
 zurück und verblieben dort. Eine japanische Truppen-
 abteilung wurde dazu bestimmt, den innerlichen Palast
 zu bewachen und trat dort auf heftigen Widerstand seitens der
 chinesischen Truppen. Der Kampf dauert noch fort. Das
 Hauptquartier der japanischen Armee befindet sich in der Gesandts-
 chaft. Die japanische Division ist hauptsächlich in den Dörfern
 außerhalb Antingman, dem Thor, das zur Tartarenstadt führt, ein-
 quartiert.

Erste Mitteilung eines Gesandten.

New York, 21. August. Der amerikanische Gesandte Conger
 teilte mit, daß die Chinesen am Tage vor dem Einzug der
 verbündeten Truppen in Peking verstanden, die Gesandten und die
 andern Ausländer zu verhaften. Prinz Tsching
 hatte zwar sein Wort gegeben, daß er seinen Offizieren den Befehl
 erteilte, das Feuer gegen die Gesandtschaften einzustellen
 und zwar unter Androhung der Todesstrafe, doch wären die Ge-
 sandten wahrscheinlich ums Leben gekommen, wenn die Einsatztruppe
 nicht eingetroffen wäre. Wie Conger weiter mitteilte, ging die ganze
 gegen die Fremden gerichtete Bewegung von der chinesischen
 Regierung aus, die Vorgesetzten benutzten sie nur als Vorwand.
 Diese hatten nicht einmal Kanonen.

Die Flucht des Vols.

Shanghai, 20. August. (Meldung des Reuterschen Bureau's.)
 Der Kaiser und die Kaiserin-Witwe halten sich etwa 60 Meilen
 westlich von Peking auf und werden von dem Prinzen Tuan
 bewacht. Si-Hung-Tschang begibt sich alsbald nach Norden.

London, 21. August. Die „Times“ melden aus Shanghai
 vom 20. August: Vor kurzem von Schensi eingetroffene
 Missionäre glauben, daß zwei Gründe die Kaiserin-Witwe ver-
 anlaßt haben, in Singanü den Hof nicht residieren zu
 lassen. Der erste Grund ist der Mangel an Wasser infolge längerer
 Dürre in jener Gegend, welcher den Transport von Nahrungsvorrat
 verbietet. Der zweite Grund ist der, daß die ihrer Mehrzahl nach
 aus Muhamedanern bestehende Bevölkerung Schensi eine
 feindselige Stimmung gegen die Kaiserin-Witwe zeigt; hauptsächlich
 aus Furcht vor den Truppen Tsung-shu-Siangs. Die im Süden
 befindlichen Beamten haben die Kaiserin in diesem Sinne gewarnt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. August.

Die gezwungene Faust.

In den leztvergangenen Monaten hat die Regierung wenigstens
 irgendwie ihre Absichten über China bekannt gegeben. Jetzt ge-
 schieht auch dies nicht mehr. Das deutsche Volk hört nun gar
 nichts mehr über die weiteren Chinapläne der Regierung.
 Es darf nur aus den Thaten der Regierung, aus

der Fortsetzung der Kriegsrüstungen Schlüsse ziehen.
 Und angesichts der jetzigen Lage in China kann nur der eine
 Schluß gezogen werden, daß Deutschland sich vorbereitet, auch nach
 der Expedition gegen Peking, nach der Sicherung der Gesandten,
 nach der Zerstreung der chinesischen Truppen gepanzert in China
 dreinschlagen zu wollen.

Bestätigt wird diese Auffassung von den deutschen Plänen
 durch eine längere Darlegung der „Kölnischen Zeitung“, die
 diesem Blatt aus Berlin telegraphiert wird und die sich als einzige,
 wenigstens halbamtliche Rundgebung über die Chinafrage darstellt.
 Der wesentliche Inhalt dieser Rundgebung liegt in folgenden
 Sätzen:

„Je härter die Machtentfaltung der verbündeten
 Mächte in China ist, desto größere Rücksicht haben wir, daß sich vor
 ihr die Chinesen schnell und ohne Widerstand beugen werden, während
 sie sonst ihr altes hinhaltendes Spiel sicherlich wieder beginnen. Man
 muß sich nur vergegenwärtigen, daß nicht nur die Stadt
 Peking, sondern das ganze Reich mit fast allen seinen
 Faktoren, sei es Handelsland, sei es duldbend und
 geschwehenlassend, an dem Bruche des Völker-
 rechts beteiligt war. Wir verwarren uns gegen die
 Unterstellung, als ob wir nun dafür eintreten wollten,
 daß ganz China mit Krieg überzogen werde;
 wir müssen aber doch darauf hinwirken, daß wir nicht nur
 mit den örtlichen revolutionären Elementen
 in Peking zu thun haben. Wenn es darauf
 ankommen wird, die chinesischen Angelegenheiten end-
 gültig zu regeln, müssen wir nicht nur mit den Uebel-
 thätern in Peking, sondern mit dem ganzen Lande rechnen,
 dem dem ganzen Lande und nicht nur Peking werden wir
 unsere Bedingungen aufzuerlegen haben. Dieses ganze Land
 aber wird sich dem Willen der verbündeten Mächte um so leichter
 und um so eher fügen, wenn hinter dem Willen eine bedeutende
 Macht steht, die bereit und befähigt ist, mit Zwangsmitteln auf-
 zutreten, wo keine andern Mittel genügen.“

Unter bedeutungslosen Klauseln und Verwarnungen verkündet
 die „Kölnische Ztg.“ das Programm der gewaltigen
 Unterwerfung ganz Chinas unter „unsre Be-
 dingungen“. Welches sind denn die Bedingungen, die man
 China auferlegen will? Die Ermordung zweier Missionare ließ
 man ganz China büßen, indem man die Abtretung Kiautschou
 erzwang. Die Folgen dieser Politik haben sich gezeigt. Wenn man
 jetzt ähnlich gewaltsam eingreifen will, so wird man noch weit
 abletere Folgen vorbereiten. Man kann durch starke „Macht-
 entfaltung“ vielleicht im Augenblick die chinesische Bevölkerung
 zur Duldung der Gewalt nötigen. Aber für die Dauer
 gesicherte Verhältnisse schafft man nicht. Man ist die Saat
 der nationalen Empörung und fordert China heraus, seine
 jetzige militärische Schwäche zu überwinden und gegen die gepanzerte
 Faust zu rufen.

Die „Köln. Ztg.“ will ferner den deutschen Truppenmärsch
 rechtfertigen durch den Hinweis, daß auch die andern Staaten in
 ihren Rüstungen nicht nachlassen. Aber der Pariser „Figaro“
 meldet bereits, die französische Regierung habe an-
 gekündigt der neuen Wendung in China den Transport-
 schiffen den Befehl zugehen lassen, die Truppen
 in Tsukin zu landen, wo sie zur etwaigen Ver-
 wendung in China bereit gehalten werden sollen. Frank-
 reich erklärt also bereits die Verweigerung seiner Streitmacht in
 China als unnütz.

Würden die Mächte aber in der Nachsendung von Truppen nach
 China fortfahren, so wird sich zeigen, daß diese Rüstungen sich
 nicht gegen China richten, sondern aus der Rivalität
 der Mächte untereinander entspringen, deren jede einzelne
 den Götzen des bisherigen Kriegsgewinns fürchtet.

Thatsächlich giebt bereits Rußland, mit dem Deutschland
 in den chinesischen Angelegenheiten allzuenge Fühlung hält, Anlaß
 zu der Befürchtung, als ob das „Konzert“ der europäischen Mächte
 sich alsbald in grelle Disharmonien auflösen werde. Nicht
 nur wird der „Times“ aus Petersburg berichtet, Rußland gedenke
 die mandschurische Frage zum Gegenstand besonderer
 Abmachungen mit China zu machen. Der Generalgouverneur
 des Amur-Gebiets hat bereits in einem Telegramm an den russischen
 Kriegsminister die Einverleibung auch des rechten Ufers des
 Amurflusses als gesichert erklärt; und der russische Kriegs-
 minister hat die Veröffentlichung dieses Telegramms in den Blättern
 bewirkt!

Je weniger „Machtentfaltung“ Deutschland jetzt in China betreibt,
 um so weniger wird es zur Verhäufung der Gegensätze unter den
 Mächten beitragen, um so glatter wird die chinesische Frage ihre
 Lösung finden.

Die Rechnung.

Am 6. Juli hat der deutsche Kaiser an den Chef des chinesischen
 Kreuzergeschwaders, den Gouverneur von Kiautschou in Tsingtau,
 den Generalgouverneur von Schantung, den Vicelkönig von Rußland
 und den Vicelkönig von Tschang folgendes Telegramm gerichtet:

„Ich verpflichte mich auf mein kaiserliches Wort, für jeden
 der zur Zeit in Peking eingezogenen Fremden jeder
 Nationalität, welcher lebend einer kaiserlich deutschen oder sonstigen
 fremden Behörde übergeben wird, demjenigen, der die Aus-
 lieferung herbeiführt, 1000 Tael zu bezahlen. Auch übernehme
 ich alle Kosten, welche jedwede Uebermittlung meiner Befehle nach
 Peking verursacht.“

Der „Ostasiatische Lloyd“ berechnet nun die Zahl der Gerecheten
 wie folgt:

Mitglieder der Gesandtschaften rund	100 Personen
des Seeressorts	100
Missionare und Angehörige	300
Sonstige anständige Europäer	50
Deutsche Gesandtschaftswache	50
Englische	75
Russische	75
Oesterreichische	40
Französische	72
Amerikanische	72
Japanische	26
Italienische	40

Zusammen 1000 Personen

Ist diese Zahl richtig, so beträgt die Gesamtsumme der vom Kaiser verprochenen Belohnungen 1000x1000 Tael. Ein Tael beträgt etwas über 6 M. Rechnet man nur 6 M., so sind 6 Millionen Mark zu zahlen. Fraglich ist noch, wenn die Belohnung gebührt. Sicherlich muß ein großer Teil auf die Contingente, besonders die Japaner entfallen. Verechthelt sind aber auch diejenigen Chinesen, welche die in Belohnung eingetragenen Fremden vor der Auslieferung bewahrt und so erst die Möglichkeit der Auslieferung geschaffen haben.

Die China-Freiwilligkeit.

Die patriotische Presse kann nicht genug Worte sittlicher Entfaltung finden, weil in den Spalten der sozialdemokratischen Blätter immer und immer wieder Thatsachen veröffentlicht werden, welche die „Freiwilligkeit“ so vieler China-Freiwilligen in recht bedenklichem Lichte erscheinen lassen. Auch die Gesinde, die der nächste Beobachter für die Meldung so vieler wirklich Freiwilliger erkennen muß, will man nicht zugeben. Nicht der Wunsch, dem Kaiserreich die Heimat zu entziehen, nicht Abenteuer- und Ruhmlust sind es, welche die jungen Krieger auf den ostasiatischen Kriegsschauplatz treiben, sondern — die ganze chauvinistische Presse ist sich darüber einig — politisches Verhängnis, nationales Selbstgefühl und Begeisterung für die hohen Aufgaben christlicher Kultur.

In früheren Zeiten ist die gebildete deutsche Jugend bei nationalen Fragen sehr begeisterungsfähig gewesen. Die Freiwilligen-Jäger-Detachements der Befreiungskriege bestanden zum größten Teil aus Angehörigen der gebildeten Klassen. Nach 1815 bestand über ein Drittel des Offizierscorps der preussischen Armee aus ehemaligen Freiwilligen. Studenten und Turner kämpften in großer Anzahl 1848 und 49 für die Freiheit Schleswig-Holsteins. Bei dem Aufzuge gegen China sollte es sich um die höchsten Güter der Völker Europa's, um die „Ehre Deutschlands“ handeln. Wie steht die heutige gebildete Jugend zu diesen Fragen? Vor dem einfachen Conventione und dem Adelsknecht, vor dem Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter, vor dem papierenen Tagelöhner, die alle aus den Reihen des aktiven Heeres heraus in die Regimenter des ostasiatischen Expeditionscorps strömten, hätte doch der **Einjährig-Freiwillige**, der Sohn der gebildeten und besitzenden Klassen kommen müssen. Denn bei ihm mußte doch in erhöhtem Maße politisches Verständnis und Begeisterung für nationale und kulturelle Aufgaben vorausgesetzt werden, ganz abgesehen davon, daß ihm noch viel mehr am Schutze der „gefährdeten“ materiellen Güter Deutschlands gelegen sein muß. Wie steht es aber damit in Wirklichkeit? Von den rund 500 000 Gemeinen des aktiven Heeres sollen sich ca. 20 000 treue dienstfähige Freiwillige, d. h. 4 Proz. gefunden haben. Stünde nun die Begeisterung der kriegerischen Jugend aus den besitzenden und gebildeten Klassen auf gleicher Stufe mit derjenigen der Söhne des einfachen Volks, so müßten sich unter den Truppen des ostasiatischen Corps mindestens 400 Einjährig-Freiwillige befinden! Aber wie viele der Herren mit den schwarzweißen Schminnen kamen, als man, — wie eine parteilose Widerstandschrift so schön sagte — „an den Wagemut und die Manneskraft von Deutschlands Söhnen appellieren“ mußte?

Auf den Appell an die Mannschaften des Verlaubtenstandes sollen sich 120 000 Mann gemeldet haben. Auch hier wäre es interessant, wie viel ehemalige Einjährig-Freiwillige sich unter dieser Zahl befinden. Sollte die Menge der China-begeisterten Reservisten thatsächlich so hoch sein — sicherlich ist die Angabe außerordentlich übertrieben — so würde dies kein gerade günstiges Licht auf die wirtschaftliche Lage des deutschen Volks werfen. Leute, welche in der Blüte der Manneskraft stehen und sich durch ihrer Hände Arbeit eine einträglichen materiellen Lage schaffen können, lassen sich nicht so leicht zu ertötlichen Abenteuern hinhängen. So lange nicht der Beweis gebracht wird, daß die Söhne der besitzenden und gebildeten Klassen — von Berufsständen abgesehen — denen der tieferen Volksschichten an Begeisterung und Opfermut überlegen sind, mindestens aber gleichkommen, so lange muß die Behauptung aufrechterhalten werden, daß der Hauptgrund für die Freiwilligkeit der Angehörigen des aktiven Heeres die Abneigung gegen den Camoufledienst und der für die Freiwilligkeit der Reservisten materielle Notlage ist.

Deutsches Reich.

Die Waldersee-Netze wird vom ostasiatischen Depeschendirektor mit dem heiligen Eifer betrieben, der sonst nur Pfaffen zu teil wird. Unschöne Telegramme werden verbreitet über den Empfang des weltpolitischen Feldmarschalls in den Städten. Die auf der Fahrt nach Genoa berührt wurden. Auch scheint der Herr Graf hier bereits ein eigenes Prebureau angelegt zu haben; aus München hat er einen telegraphischen Lauf für alle ihm gewordenen Sympathiebeweise in die bewundernde Welt entsendet.

Diese Fuldigungen mögen dem Herrn Grafen immerhin wohlthun, wo er auf den chinesischen Vorbeeren leider Verzicht leisten mußte.

Nach der Auffs. Die „Abri. West. Jg.“ befaßt sich an Irthümern des „Vorwärts“ über die Kriegslage in China während der vergangenen Wochen. Ein billiges Vergnügen. Merkwürdig, daß die Militaristen der bürgerlichen Presse unsere Fehler so spät bemerken. In der Freude über den glücklichen Verlauf des Zug gegen Peking vergessen die Herrschaften bereits die zehrende Angst von gestern. Wenn wir dem Irrtum verfallen, die militärische Widerstandskraft der Chinesen zu hoch einzuschätzen, so war das ein allgemeiner Irrtum nicht nur der gesamten deutschen und europäischen Presse, sondern aller an der China-Expedition beteiligten Militärs. Um nur ein Beispiel anzuführen, der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hatte am 12. Juli in Yokohama ein Gespräch mit dem bei der Expedition des Admiral Seymour verwundeten Oberleutnant v. Krohn von der „Gefion“ und Krohn sprach sich über die Widerstandskraft der Chinesen also aus:

Krohn sagte, daß die Kommandanten im Felde und überhaupt fast jedermann die Qualität der chinesischen Truppen sehr unterschätzt hätten, und er betonte besonders die Thatsache, daß die Chinesen durchaus nicht indisciplinirt seien, sondern ganz im Gegentheil eine ausgezeichnete Armee bilden; ferner, daß sie im Besitze der modernsten Feuerwaffen und Kanonen seien und diese auch sehr gut zu verwenden wüßten. Besonders sei ihre Artillerie ganz vorzüglich; darin sind sie nämlich von ihren deutschen Instruktoren unterrichtet worden. Was die Qualität der Chinesen als Soldat angeht, so ist Lieutenant v. Krohn der Meinung, daß dieselben ausgezeichnetes Material seien und, wenn sie bessere Offiziere hätten, auch unbesiegbar wären; da aber ihre jetzigen Offiziere zur Zeit fortläufen, bleiben natürlich die Soldaten auch nicht stehen. Lieutenant v. Krohn meint daher, daß es eine Thorheit sei, zu glauben, daß die Verbündeten mit 40, 50 oder sogar 100 000 Mann nach Peking kommen könnten, sondern daß eine Macht von mindestens 150 000 Mann, besonders gute Kavallerie und Artillerie und u. unerschöpflich gepulverter Feldzug nötig sei, um dorthin zu gelangen.

Sehr wie nun aber ab von den rein militärischen Dingen: Während fast sämtliche deutsche Blätter dem chinesischen Aufstand und seiner Ursache zunächst völlig verständnislos gegenüberstanden, haben wir von Anfang an die Situation richtig beurteilt und unsere Verteilung hat das Urteil aus unsrer politischer Sphäre befreit. Gerade die „Abri. West. Jg.“ hat über die wirtschaftlichen Folgen der China-Expedition Auffassungen geäußert, die man lange vorher in unsrem Blatt gelesen hatte.

Agrarische Drohung. Die Junker wollen den Ablauf der Handelsverträge zu einem großen Rückschlag führen, zu einem größeren als sie je gethan. Die Regierung will ihnen auch jede Gefälligkeit thun, die nur irgend durchführbar. Aber die Agrarier fürchten, daß ihre Protestwiderstände nur zu vier Häufeln, nicht voll und ganz in Erfüllung gehen sollen. Da verlegen sie sich heutzutage aufs Drohen. Die „Deutsche Tageszeitung“ droht also:

„Was der Bauer aber thun kann und vielleicht thun wird, wenn seine berechtigten Hoffnungen und Forderungen wieder nicht erfüllt werden, das ist der Uebergang zu einer Partei, die der Regierung, von der die Landwirtschaft nicht erwarten kann, unbedingte und grundsätzliche Opposition macht.“ Wir fürchten, daß die deutschen Landwirte, wenn sie bei der nächsten großen Entscheidung gelächelt werden, sich Führer und Vertreter wählen, die weit radikalere sind, als die jetzigen. Wie aber die Regierung dann dauern und Politik machen will, wenn sie die geborenen und geschworenen Anhänger der Autorität in das radikale Fahrwasser hinein treibt, ist uns und jedenfalls ihr selbst ein Rätsel.

Auf die politische Erpressung haben sich die Junker stets verlassen.

Reichstags-Vizepräsident Schmidt-Oberfeld teilt der „Frei. Jg.“ mit, die Mitteilung der „Frankf. Jg.“ sei unrichtig, daß er sich bei der Abstimmung über die Frage der Vermehrung der Stadthalle für politische Parteien der Stimmabgabe enthalten habe. Er habe am 17. Juli für die Ueberlassung gestimmt; „als dann am 7. August in der Stadtverordneten-Sitzung die Sache nochmals verhandelt werden sollte, wurde Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Es stimmten dafür 16 von den 22 Anwesenden. Die sechs anwesenden freiständigen Stadtverordneten, darunter auch Abg. Schmidt, blieben bei der Abstimmung sitzen, stimmten also gegen die Tagesordnung. Obgleich bei der geringen Anzahl das Ergebnis der Abstimmung gar nicht zweifelhaft sein konnte, wurde eine Gegenprobe verlangt. Dieser unthunigen Aufforderung sei Abg. Schmidt nicht nachgegeben.“

Die Ebbe in der nationalsozialen Kriegskasse zwingt dem Vorstand der weltpolitischen Sektierer einen schmerzlichen Notkrei ab. In einem uns vorliegenden Circular ergeht an „alle Mitglieder und Freunde“ die heftigste Bitte, künftighin energischer zum Kriegsfonds zu stehen, da der Verein sonst nicht im stande sei, seine Arbeit in geachtlicher Weise fortzuführen. Unlängst schon, als die „Hilfe“ nach langem Zögern mit der Erklärung hervortrat, daß die National-Sozialen von einer Beteiligung an der Wagnerebene Wohl Abstand nehmen würden, äußerten wir die Vermutung, daß es wohl mit den nationalsozialen Finanzen schlecht stehen müsse. Der Inhalt des vom 10. August dieses Jahres datierten Circulars übertrifft noch unsere ärgsten Annahmen. Der national-soziale Verein hat nämlich seit dem 1. Oktober 1899, also in zehn Monaten, eingekommen an

Mitgliedsbeiträgen 4805,48 M.
Geschenken und sonstigen 3588,62

so daß die Gesamteinnahme sich auf ganze 8479 M. beläuft. Aus den eingegangenen Mitgliedsbeiträgen, die ungefähr der Einnahme eines sozialdemokratischen Vereins einer mittleren Stadt entsprechen, gewinnt man ungefähr eine Schätzung von der Stärke der „Partei“, die die Sozialdemokratie abzulesen gedenkt. Auch die Geschenke sind nicht sonderlich hoch, ein Beweis dafür, daß mit dem Glauben an die Sache auch die Opferwilligkeit nachzulassen beginnt.

Die Stimmung des Vorstands gelangt in folgenden Klagen des Circulars zum Ausdruck:

„Ein Rundschreiben an einzelne besser gestellte Mitglieder unsres Vereins hat trotz großer Opferfreudigkeit einzelner nicht so viel eingebracht, um das Defizit des laufenden Jahres zu decken. So laun es nicht fortgehen! Wenn unsre Gefinnungsgenossen wollen, daß wir weiter arbeiten sollen, müssen sie auch die nötigen Opfer bringen. Wir wollen gern in schwerer Zeit treu und thätig ausharren, aber bei beständiger Sorge um die finanzielle Möglichkeit unsrer Arbeit ist unsrer Dienst an der Zukunft unsres Volks sehr erschwert. Ist können wir Dinge, die politisch nötig sind, aus Geldmangel nicht thun. Man macht uns den Vorwurf politischer Unterlassungsünden, ohne zu wissen, daß wir nicht frei handeln können. Für jeden Fall besonderer Thätigkeit, so wichtig er uns scheinen mag, fehlt das Geld. Wir haben uns entschlossen, diese unsre Lage vor unsren Freunden offen auszusprechen und sie zu bitten:

1. wenn möglich, ihre eignen Jahresbeiträge zu verdoppeln,
2. öfter einmalige Gaben zu senden (so auch jetzt),
3. neue Mitglieder zu gewinnen.

Diese Bitte ist von uns sehr ernst gemeint, denn an ihr hängt die Möglichkeit erfolgreicher Fortsetzung der Vereinsarbeit.“

Ob dieser Appell die leere Kasse füllt wird? Wir bezweifeln es. Raumann's humanistisches Glaubensbekenntnis wird die Situation kaum verbessert haben.

Wie konnten die Herren noch 1897 und 98 aus dem Vollen wirtschaften, als sie gleich halbduyendweise ihre Redner in die Wohlthätigkeit warfen und die Bevölkerung mit Flugblättern und Broschüren auf viele Monate hinaus mit Strassenpapier verjagten.

Hoffentlich befreit ein Vortrag aus der chinesischen Kriegsentwässerung unsrer betrübten Erben aus ihren Verlegenheiten.

Ein Wangenheim'scher Schulfall. Das „Reichsblatt“ giebt folgenden niedrigen Anknüpfen aus der Reichshalle des bekannten bündlerischen Hauptlings v. Wangenheim:

In Rahmwerder, einem Gute des Freiherrn v. Wangenheim, des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, ist das Schulhaus so schlecht, daß es von dem Bauherrn Joch in Star-gard für unbewohnbar erklärt worden ist. Das Schulgebäude ist aber bisher polizeilich nicht verboten worden. Hingegen ist es mag werden, daß Herr v. Wangenheim nicht nur Patron der Schule, sondern gleichzeitig auch Amtsvorsteher ist. Herr v. Wangenheim, der gar nicht begreifen kann, was der Lehrer mit einem neuen Schulbaue soll, soll sich dem Lehrer und andern Personen gegenüber geäußert haben, es seien aus dem alten Schulbaue so viel ordentliche Menschen hervorgegangen, daß es auch wohl weiter noch so gehen könnte; er würde alles thun, um den Bauplan der Regierung zu durchkreuzen. Droydem er auf die Gesundheitschädlichkeit des niedrigen Raums und den lebensgefährlichen Zustand der Lede der Schulkinder hingewiesen wurde, die schon 20 Centimeter niedriger ist wie an den Seiten, trotzdem er sich selbst davon überzeugete, daß die Wälle total wärmerefreien sind, soll der Freiherr von Wangenheim gemeint haben, die Dede bräde in hundert Jahren noch nicht, wenn etwas gemacht werden solle, so würde höchstens die Umfassung neu unterfangen und allensfalls dem Lehrer noch eine Oberstufe gebaut werden, aber neu gebaut würde keinesfalls, denn er lasse sich keinen Palast in Dorfleger.“

Die Sprohlinge des Herrn von Wangenheim besuchen diese Schule vermutlich nicht.

Noch ein ostelbisches Kulturbild. Während 1882 von 1000 in den Ehestand tretenden Paaren in ganz Preußen 38 Männer und 58 Frauen Analphabeten waren, diese Ziffer jedoch 1898 auf 8 Männer und 12 Frauen zurückgegangen war, enthielten in Westpreußen in den Jahren 1882—98 auf je 1000 Paare 120 Analphabeten männlichen und 172 weiblichen Geschlechts. Die Zahl der Analphabeten

betrug demnach in Westpreußen noch 1898 annähernd 16 Proz. n. Das Verhältniß zwischen Westpreußen und andren preussischen Provinzen wird noch krasser, wenn man Westpreußen mit Hessen-Kassan vergleicht, das 1898 auf 2000 Paare nur 1 männlichen und 3 weibliche Analphabeten zählte. In Ostpreußen, Polen und auch Schlesien dürften die Verhältnisse nicht viel besser liegen.

Wegen eines Prohibitivzolls auf schwedischen Granit bestränkt der „Verein deutscher Steinbruchs-Besitzer“ gegenwärtig wieder, wie schon vor Jahren einmal, die Regierung. Die schwedische Presse befindet sich angesichts der Möglichkeit, eine blühende Industrie geschädigt zu sehen, wie die „Wost. Jg.“ mittels in großer Eregung und droht mit Volkerepressionen gegen Deutschlands Zollpolitik, durch die bereits der schwedische Viehexport ermüdet worden sei. Da der Wert der nach Schweden exportierten deutschen Waren 1899 184 200 000 Kronen betrug, während Schweden nach Deutschland nur Waren im Werte von 54 900 000 Kronen ausfuhrte, würde Deutschland bei einem Zollkrieg mit Schweden nicht gut abkommen.

Noble Journalisten. Einer der Zeitungsschreiber, die in Nord-Schleswig durch Herrn v. Köller aus Staatsmitteln gespeist werden, hatte den dänischen Landtags-Abgeordneten Hansen aufs schärfste beleidigt. Er wurde, was in Nord-Schleswig immerhin etwas sagen will, vom Gericht verurteilt — kam dann aber um Begnadigung ein und wurde auch begnadigt. Dasselbe Manöver hat früher einmal Herr Straßlerjan ausgeführt, der ebenfalls in Köllerschem Sold steht.

Wie man das eltsässische Protestlerturn konserbiert. Die „Ahn. Volks-Zeitung“ läßt sich aus Eltsäss-Vorträgen schreiben:

„An den Bergen wachsen Trauben, in den Thälern — Videlhauben“, so lautet für Eltsäss-Lotharingen der Reim eines Liedes, welches die Eigentümlichkeiten der deutschen Staaten in burlesken Mittelversen besingt. Einzelne Ortshaupten wurden und werden trotzdem nicht müde, des eigenen wirtschaftlichen Vorteils wegen immer noch mehr Militär zu tunen oder eine Garnison, wo noch keine vorhanden, zu begehren. So stehen im Reichslande etwa 2 1/2 Armeecorps mit annähernd 70 000 Mann, und es sollen noch mehr Soldaten hineingelegt werden. Am stärksten sind die Besatzungen durch Einquartierungen. Die Klagen darüber hallen schon seit Jahren im Reichstage, Landesparlament und Reichstag wieder. Sie sind in der That nur zu sehr berechtigt, und der größte Teil unsrer Landbevölkerung muß die Einquartierungslast geradezu als eine Landplage empfinden. So hatten im Preussische, nach dem Verlaufe eines Abgeordneten von 1896, die Gemeinden alljährlich 14—15, ja bis 28 Tage Einquartierung, ebenso im Konion Württemberg. Ein Ort dabeifst hatte gar 60 Tage „Krieg im Frieden“. Im Münsterlande sind mehrere Einquartierungen alljährlich. Dabei bedenken bekanntlich die vom Militärskont gezahlten Entschädigungen für die Verpflegung die Anlagen bei weitem nicht.“

Von unsren Militäranwärtern. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: „Allgemeine Unzufriedenheit“ war die Signatur der Verhandlungen des Delegiertentages, den dieser Tage die deutschen Militäranwärter hier abgehalten haben, und die in Kaiserhochs und andern patriotischen Versicherungen äußerlich zur Schau getragene „Gefinnungsbillichkeit“ konnte den aufmerksamen Beobachter nicht über die Thatsache hinwegtäuschen, daß sich in den beteiligten Kreisen ein Miß von Verminderung gegen die Regierung, insbesondere gegen die Militärverwaltung angelammelt hat, das über kurz oder lang überlaufen muß. Aus den Mitteilungen des Verbandespositionen war zu entnehmen, daß die Militäranwärter längst davon abgenommen sind, sich Hoffnungen auf eine freiwillige Bedienung ihrer traurigen Lage durch die Regierung zu machen, und daß sie sich deshalb vermittelstweise darauf vorbereiten, durch eine nachdrückliche Agitation auf die Möglichkeit glingliche Gestaltung des neuen Pensiongesetzes hinzuwirken. Besonders niederdrückend wirkte die Mitteilung, der um seine Unterstüzung angegangene Reichstags-Abgeordnete Graf Crisla habe sich dahin ausgesprochen, daß zur Zeit alle Petitionen wegen Fortzahlung der Invalidenpensionen und Entschädigungen wegen Mißbenützung des Civilversorgungsscheins zwecklos seien, da die ganze Befehlsgewalt einer Verminderung unterzogen werden solle. Im auch weitere Kreise der Bevölkerung auf die traurige Lage der Militäranwärter aufmerksam zu machen, stellte der Vorsitzende für die nächste Zeit die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen unter Hinzuziehung der Abgeordneten zum Reichstag in Aussicht.

Auf lebhaften Widerspruch stießen die Erklärungen, die seitens des Kriegsministeriums im Reichstag zu der vom Verein der Militäranwärter dort eingereichten Petition um Nachzahlung verjährter Pensionbeträge abgegeben wurden, und auch die von derselben Stelle ausgehenden Verträge auf die bevorstehende Abänderung des Reichs-Militärpensionsgesetzes begegneten nur ungläubigem Kopfschütteln. Die Thatsache, daß zahlreiche Invaliden mit ihren Gebührenten entgegen den Bestimmungen des Gesetzes abgefunden werden, sei unbestreitbar und gebe aus der Masse der vom Verein der Militäranwärter unterbreiteten und von diesen ablehnend beschiedenen Gesuchen hervor. Erst kürzlich sei wieder ein Invalide vorstellig geworden, der, obwohl während der Militärdienstzeit an einer Hand völlig verkrümmt, trotz aller Reklamationen nicht in den Besitz der jenen. Versammlungszulage von monatlich 18 Mark kommen konnte. Hierbei mußte berücksichtigt werden, daß der betreffende Invalide nicht den geringsten Gebrauch machen konnte. Er sei im Lauf der Jahre um nahezu 3000 Mark an Invaliden-Gebührenten geschädigt.

Ausland.

Schweiz.

Verwerfung der Gegen-Initiative. Man schreibt uns aus Zürich, 20. August. In der geitigen Volksabstimmung ist bei sehr schwacher Beteiligung der Stimmberechtigten, die sozialistisch-demokratische Gegen-Initiative mit 7945 gegen 6202 Stimmen verworfen worden, also mit einer Mehrheit von 1743 Stimmen. Nur in einem von den 5 Kreisen der Stadt Zürich erhielt sie die Mehrheit, nämlich in Austerliff, wo 3196 Ja und 2154 Nein auf sie fielen. Würde die Arbeiterkassette zahlreicher zur Urne gegangen sein, so würde die Gegen-Initiative mit glänzender Mehrheit angenommen worden sein. Die Gegen-Initiative geht nunmehr, da sie die nötigen Stimmen erhielt, an den Kantonsrat, doch bezieht bereits die siegesjubelnde „Neue Züricher Jg.“, daß sie derselbe aus verfassungsmäßigen Gründen wird ablehnen können. Nun wir werden sehen, faßch ist es unsres Erachtens, die verworfene Mehrheit von gestern als Mehrheit für das reaktionäre Machwerk der bürgerlichen Herrschaftsparteien zu reklamieren, wie es das genannte Blatt mit gewohnter Unverfrorenheit thut. Die Verwerfung der Gegen-Initiative und die Annahme des reaktionären Machwerks sind ganz verschiedene Dinge. Warum haben denn die vereinigten Reaktionen dasselbe dem Volk nicht zur Abstimmung vorgelegt? Weil sie dessen sichere Verwerfung besicherten und darum die Volksabstimmung nicht riskieren mochten. Und nun soll auf einmal in der Bevölkerung für dasselbe eine Mehrheit vorhanden sein. Den weiteren Verlauf der Angelegenheit darf man mit Spannung verfolgen.

Belgien.

Anarchistenrevolte und kein Ende. Aus Okende wird unterm 21. August gemeldet: Heute früh wurden hier drei Italiener verhaftet, gegen welche die Untersuchung eingeleitet worden ist, deren Ergebnisse jedoch noch geheim gehalten werden. Man glaubt aber, es mit Anarchisten zu thun zu haben. Es heißt ferner, daß in dem Gepäck der Verhafteten Revolver, Dolche sowie kompromittierende Papiere aufgefunden seien.

Vorsichtige Reisende wüßten sich ja öfter mit Waffen zu versehen. Wahrscheinlich wird auch diese Meldung ebenso wie die

Rev. Porter Nordgeschichte mit der alsbaldigen Freilassung der „Kontromittenten“ enden.

Ein später einkaufendes Telegramm löst die Affaire noch viel näher in Heiterkeit auf, als wir uns hätten träumen lassen. Das Telegramm lautet nämlich:

Gestern nachmittag fragten drei Individuen mit südländischem Gesichtsausdruck gleich ihrer Ankunft auf dem Bahnhof einen Dienstmann nach einem Gasthof, der möglichst nahe bei dem Palace-Hotel liege, wo der Schah von Persien Wohnung genommen habe. Der Dienstmann setzte sofort die Polizei von der Ankunft dieser 3 Personen in Kenntnis und ein Geheimpolizist brachte sie sogleich nach dem Polizeikommissariat, wo man bei ihnen Waffen vorfand. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Die Leute gaben an, sie seien Perzer und kämen von der Pariser Weltausstellung, wo sie all ihr Geld verloren hätten. Sie seien nach Ostende gekommen, um von dem Schah eine Audienz zu erbitten und von ihm das zur Rückkehr in die Heimat nötige Geld zu erlangen.

Wie nun die alsbald ergangenen telegraphischen Nachfragen ergaben, bestätigten sich alle ihre Angaben. Den Besitz der Waffen erklärte sie damit, daß sie dieselben auf ihrer weiten Reise nötig hatten. Sie wurden alsdann von dem Schah empfangen, der ihnen die zur Rückkehr nach Persien erforderliche Summe einhändigte.

Franreich.

Die Sitzungen der Generalräte wurden am Montag in ganz Frankreich ohne Zwischenfall eröffnet; die meisten bisherigen Präsidenten wurden wiedergewählt. Mehrere Generalräte beschloßen, Beglaubigungsschreiben an Loubet und die Regierung zu richten. Einige sprachen ihre Sympathie für die in China kämpfenden französischen Truppen aus.

Rumänien.

Bukarest, 21. August. Der ehemalige bulgarische Lieutenant und jetzige Präsident des revolutionären Komitees in Sofia, Sarafow, soll in Turnsevern unter dem falschen Namen Burnow in einem Hotel verhaftet worden sein.

Ufrika.

Vom Boerenkrieg. De Wet läßt wieder etwas von sich hören. Dem Netherischen Bureau zufolge sind de Wet und Delarey — die sich also wieder vereinigt haben — am 19. August 20 Meilen vor Pretoria aufgetaucht, um sich über Seboun, das westlich von Pretoria liegt, nach Nordosten zu wenden. Die Dehjaad kann also wieder losgehen, vermutlich werden jedoch die Engländer zunächst die Besagten fest.

Ueber den östlichen Kriegsschauplatz wird gemeldet, daß die Boeren vermutlich die Idee aufgegeben hätten, das Nether von Lydenburg zu ihrem letzten Kampfplatz zu erwählen, sondern daß sie sich weiter nach dem äußersten Ostwinkel Transvaals zurückziehen würden. Das Netherische Bureau stellt darüber folgende Vermutungen an: Alles deutet darauf hin, daß die Boeren die Idee aufgegeben haben, ihren letzten Stand bei Lydenburg zu nehmen, sondern daß sie bei Warberton Front machen werden, wo das durchschnittliche Gelände ihnen für ihre Art der Kriegsführung mehr Vorteile bietet. Außerdem steht ihnen jetzt die Benutzung der Eisenbahnen für Transporte von der Delagoa-Bai her frei. Jedenfalls wird die Aufgabe der Boeren bei Warberton leichter sein, während die Aufgabe der Engländer eine noch schwierigere werden wird.

Der Socialismus in Russisch-Polen.

Unter diesem Titel ist soeben eine Broschüre erschienen, in welcher das Centralkomitee der Socialistischen Partei Polens einen Bericht über die Thätigkeit der Partei in Kongress-Polen während der letzten fünf Jahre erstattet, zugleich aber die Grundzüge und die Taktik der Partei erläutert.

Die socialistische Bewegung hat sich in Polen überaus schnell entwickelt. Die rücksichtslos anhebende Großindustrie, die revolutionären Ueberlieferungen und die politische Unterdrückung durch die zarische Gewaltherrschaft — das alles macht die Arbeiter für die socialistischen Lehren empfänglich. Aus dem kleinen Häuflein, welches 1877 und 1878 einige geheime Circel bildete, ist eine mächtige, wohlorganisirte politische Massenbewegung des Proletariats entstanden. Als die Agitation 1878 ernsthaft einsetzte, blieb auch die Regierung nicht müßig. 30 Verhaftungen, die in einer Nacht vorgenommen wurden — das war der erste Schlag gegen die aufblühende Organisation. Und diese Ueberfälle wiederholten sich nur zu oft. In den ersten vier Jahren der Bewegung konnte man schon 120 Verurteilungen zählen! Die Zahl der Opfer aus den Reihen der 1882 gegründeten Partei „Proletariat“ ist ungeheuer. Als man 1885 4 Genossen zum Tode und 24 andre zu langjährigen Zwangsarbeiten und Ansiedlung in Sibirien verurtheilte, gab es einen kleinen Mischschlag. Hatte aber während der Unterdrückung ein Staatsanwalt zu Warzynski gesagt: „Ihr habt einen Samen gesät, den wir selbst mit Zähnen nicht herausreißen können — so hatte er damals nur zu recht. Trotz aller Brutalitäten und Unterdrückungsversuche ist die Partei vorwärts marschirt. Die verschiedenen Organisationen, die mit dem Aufschwung der Massenbewegung im Zeitraum 1890—92 entstanden und bis 1892 getrennt kämpften, sich zum Teil sogar gegenseitig bekämpften, haben sich 1892 zu der gemeinsamen „Socialistischen Partei Polens“ vereinigt. Seitdem ist die Bewegung in regelmäßiger, ständiger Bahnen geleitet worden. Die theoretischen Unklarheiten wurden beseitigt. Die Bewegung wurde einheitlicher. Die Organisation erstarke gewaltig. Hatte die frühere Deorganisation mandes Unheil angerichtet, so sieht man jetzt in allen Demonstrationen, allen öffentlichen Aktionen der Partei die starke leitende und regelnde Hand der Organisation. So waren auch die fünf Verhaftungen für die Partei eine Zeit des Aufschwungs, des Fortschritts, der inneren nun äußeren Erstarkung.

Das Programm, unter dem die polnischen Socialisten gekämpft haben, erfüllt im Laufe der Jahre bedeutende Wandlungen. Als die erste socialistische Partei in Polen, das „Proletariat“, die Agitation begann, lehnte sie es ab, sich mit der nationalen Frage zu befassen.

Nach der Niederwerfung des letzten Aufstandes von 1863 trat eine Periode politischen Stillstands in Polen ein. Dieser Stillstand, den einige Ueberbleibsel der Aufständischen nur für eine Waffenruhe hielten, wurde bald zu einer vollkommenen Waffen-niederlegung. Die „Kulturerebungen“ im Osten, das heißt die Verfertigung Webzeug und Zornschöner Fabrikzeugnisse nach Ausland, hatten die bestehenden Klassen Polens mit den Zuständen vollständig verärbt und von dem Gedanken einer Waffenerhebung gänzlich abgewendet. Deshalb herrscht aber in Polen noch nicht eine antipatriotische Stimmung. Nur wollten alle die, welche einen Aufstand laut für eine Verdrücktheit proklamirten, die polnische Nation auf anderem Weg beglücken; vermittelst der Volksbildung, der Hebung des allgemeinen Wohlstands, insbesondere durch Associationen von Klein-gewerbetreibenden und dergleichen. Natürlich mußte sich jeder Versuch, das Massenbewußtsein des arbeitenden Volks auszubilden, gegen solche Tendenzen auf's Entschiedenste wenden.

Nicht besser waren die, welche den Glauben an einen Aufstand noch nicht verloren hatten. Die Einigung der ganzen Nation zum gemeinsamen Kampf gegen die russische Regierung war ihr Lösungswort, und gerade diesen Glauben an eine Harmonie der gesellschaftlichen Interessen in diesem Punkt suchten die Socialisten auszunutzen, wobei nicht zu vergessen ist, daß es eine wirkliche ernst-hafte patriotisch-revolutionäre Bewegung nicht gab. Dies erklärt, daß während langer Zeit in den socialistischen Schriften die festigsten Angriffe nicht nur gegen den Patriotismus, sondern auch gegen die Wiederherstellung Polens gerichtet wurden.

Es lautet die Frage auf, warum das „Proletariat“ nicht selbst die Föhrung der national-revolutionären Idee in die Hand

genommen hat? Die Antwort lautet: 1. Das „Proletariat“ hatte ohne festes politisches Programm den Socialismus zu predigen. 2. Das „Proletariat“ hatte viele seiner leitenden Kräfte der russischen terroristischen „Kardnaja Wolja“ entnommen und stand durch sein enges Bündnis mit der terroristischen Gesellschaft unter ihrem Einfluß. 3. Das „Proletariat“ glaubt, daß die „Kardnaja Wolja“, die damals auf ihrer Höhe stand, die Revolution in Rußland bald durchführen werde.

Das Bündnis mit der „Kardnaja Wolja“ überließ dieser in vielen wichtigeren Fragen die Entscheidung — das „Proletariat“ aber behielt sich vor, nach einer Umwälzung die nötigen Reformen in Polen selbständig durchzuführen. Im Lauf der Jahre verlor die „Kardnaja Wolja“ ihre Macht, sie wurde zerstreut — während die socialistische Bewegung in Polen sich immer mehr zu einer Massenbewegung entwickelte. Die Bewegung der Massen erhob sich dringend ein positives politisches Programm.

Zwei Wege standen offen: Die Forderung der Konstitution für Rußland oder die Forderung einer unabhängigen demokratischen polnischen Republik! Nach vielen Diskussionen einigten sich die 4 socialistischen Gruppen in Polen auf die letztere Forderung und kauften 1892 die „Socialistische Partei Polens“. Die Forderung der Unabhängigkeit wurde damit zu einer Klassenforderung der Arbeiterklasse. Die Bedeutung der nationalen Unabhängigkeit für die Kultur, die Aufklärung und die Erleichterung des Kampfs des Proletariats eines in drei Stücke zersplitterten Volks hier zu erörtern, erübrigt sich nicht. So erstrebt denn die Socialistische Partei Polens eine selbständige demokratische Republik, in welcher die demokratischen Postulate der internationalen Socialdemokratie erfüllt werden sollen. Im übrigen entspricht das Programm denjenigen aller Bruderparteien.

Ende des Jahres 1894 wurde diese Programfrage noch einmal Gegenstand der Diskussion. Einige Genossen glaubten, daß die russische Verfassung eher zu erlangen sei, als die Verwirklichung in Rußland und forderten, man möge als nächstes Ziel die Verfassung für Rußland und erst in zweiter Linie die Unabhängigkeit Polens erstreben. Die Diskussion über diesen Vorschlag wurde lebhaft geführt und auf dem III. Kongress der socialistischen Partei Polens, der im Jahre 1895 stattfand, fortgesetzt. Der Kongress stellt fest, daß zu einer Programmänderung absolut keine Veranlassung vorliege. Die Stellung der Partei zur Erringung einer russischen Verfassung wurde in einer Nummer des „Robotnik“ präcisirt. Es heißt dort u. a.: „Trotz aller Mängel muß man einer liberalen Verfassung zugeben, daß sie im Verhältnis zur heutigen Wirtschaft des Zarats günstige Seiten aufweist. Es giebt nichts Schlimmeres, nichts, jede Entwicklung mehr Hindernis, als das Zarats — und jede Aenderung der Verfassung wird ein Schritt, vielleicht nur ein kleiner, vorwärts sein. . . Deshalb können wir einer Verfassungsänderung gänzlich gegenüberstehen, wir können die Bestrebungen der Massen in dieser Richtung sogar unterstützen, aber wir können diese halbe Freiheit, welche wie der Fels seine Oren, die widerlichen Kennzeichen des Liberalismus nicht verbergen kann, nicht als Schlachtopfer unserer Politik annehmen. Er entspricht nicht den Interessen der polnischen Arbeiterklasse, entspricht auch nicht der Wahrung, welche letztere im eignen Lande einnimmt.“

Hätte man in den früheren Jahren die Organisation des „Proletariats“, welche der Propaganda des Terrorismus zu viel Kräfte widmete und den „Bund“, der die gewerkschaftliche Seite des Kampfs zu sehr in den Vordergrund stellte, so war mit Annahme des Programms von 1892 der politische Kampf, die politische Agitation und Demonstration an erste Stelle gerückt. Auf dem III. Parteitag, der 1895 stattfand, gab man auch diesem Gedanken durch Annahme folgender Resolution noch einmal Ausdruck:

„In Erwägung, daß jede durch Arbeiter erlangte Verbesserung ihrer Lage in irgend einem Beruf bei der fortwährenden Unterdrückung der Fabrikanten seitens der Regierung und bei der unbefriedigten Beamtenswillkür, die dem despotischen Staatswesen entspricht — nicht von Dauer ist; in weiterer Erwägung, daß selbst die winzigsten Arbeiterorganisationen, welche die Vertretung ihrer täglichen Interessen bezwecken, verfolgt und als politische Verbrechen betrachtet werden; in weiterer Erwägung, daß die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse als Ganzes eng mit dem Vorhandensein großer politischer Freiheiten verbunden ist, die das Zarats unmöglich macht, — beschließt der Kongress, daß die Parteimitglieder in ihrer Thätigkeit den Grundfah zur Nichtscham nehmen, daß eine radikale, dem Parteiprogramm entsprechende Aenderung der bestehenden politischen Verhältnisse für heute die wichtigste Aufgabe der polnischen Arbeiterklasse ist.“

Seit einigen Jahren bildeten sich in einem Teil der polnischen Bourgeoisie Gedankenrichtungen aus, die ihr materielles Interesse an einer Annäherung an Rußland für Interessen des ganzen Volks verstanden. Es war die berüchtigte „Versöhnungsaktion“. Die russische Regierung unterstützt sie nach Kräften. Und als der Jar 1897 nach Warschau kam, wurden die widerlichsten Organe des Byzantinismus und des Volksverrats gestiftet. Die Socialistische Partei Polens war es allein, die die Würde des Volks wahrte. Ein in Massen verbreitetes Flugblatt warf die Parole „Weg mit dem Zarats! Weg mit der russischen Gewaltherrschaft!“ in die weitesten Schichten des Volks. Ein Jahr später war die Partei in der Lage, den geheimen Bericht des Generalgouverneurs von Polen an den Zarats zu veröffentlichen. Hatten die Vertreter des Adels, des Bank- und Industriekapitals als Führer der „Versöhnungspartei“ verstanden, daß die russische Regierung durch die versöhnliche Haltung des polnischen Volks dem Lande auch entgegenkommen werde — so ging aus dem Bericht hervor, daß die russische Regierung nicht die mindeste Absicht hatte, ihr Gewaltsystem zu ändern. Die Unterdrückung sollte bleiben, wie sie war, nur wollte der scharfe Fürst Imerzhinski, man möge eine allgier, undurchsichtige Taktik einschlagen. „Kollisionsstellen“ wurden gegründet — nur behielt sich die Regierung die Kontrolle vor und sorgte schon für „politisch unbedenkliche“ Vektive; „Vollstöße“ wurden abgehalten — und man kommandirt die ganze russische Beamtenschaft hin, um die widerlichsten Verherrlichungen der russischen Gewaltherrschaft zu feiern, die eine Feiertagsfeier des Massenführers von Praga bei Warschau im Jahre 1794 — mit einem Wort: die russische Regierung nutzt ihre Macht aus, um das geistige Leben des Volks zu korrumpieren.

Auf der andern Seite hörten die Morde und Brutalitäten, die unmenslichen Verfolgungen, denen alle Leute, die auch nur im Verdacht stehen, politisch „bedenklich“ zu sein — mit einem Tag auf. Die Allmacht der Beamten, der Gendarmen, Polizei usw. ist nicht um ein Jota vermindert worden. Unsere Partei hat den ganzen Versöhnungswind mit aller Energie und großem Erfolg bekämpft. Bei allen widerlichen Organen des Byzantinismus hat die Partei die Ehre des unterdrückten polnischen Volks vertreten. Trotzdem ihr also — besonders beim Festen jeder ernsthaften bürgerlichen revolutionären Bewegung — die ganze Vertretung der nationalen Interessen zufiel, hat sich die Partei von jedem flachen Nationalismus bewahrt und unverkennbar ferngehalten. Die vorliegende Broschüre sagt darüber:

„Wenn Polen selbständig sein soll, so muß erst das polnische Volk zu einer Macht werden, die im Namen seiner höchsten Interessen um die Freiheit des Vaterlands kämpft. Die Wiedergeburt unsres Volks sehen wir nicht in chauvinistischen Ausfällen, die den flachen Gefühlen unsrer bestehenden Klassen entsprechen. . . sondern in der sorgfältigen Be-

kämpfung aller Erscheinungen der Knechtschaft und der Herrschaft des Menschen über den Menschen — in einer Volksbewegung, die sich ihrer Rechte bewußt ist. Und hierin erblicken wir eine Bekämpfung der bei uns herrschenden Unterdrückung und dahin strebt unsere ganze Thätigkeit in der Verteidigung der Rationalität.“

Diesem Standpunkt entspricht auch die Haltung der Partei gegenüber den bürgerlichen Parteien. Daß die Partei den Versöhnungswind in allen Kräfte bekämpft, ist selbstverständlich. Die Kreise des Kleinbürgertums, der „Intelligenz“, des verarmten Adels, aus denen sich die „Patrioten“ zusammensetzen, sind von den zersetzenden Wirkungen des Kapitalismus nicht verschont geblieben. In allen diesen patriotischen Gruppen und Organisationen kommt man aus dem Schwanken und der Unsicherheit nicht heraus. Einzelne „Patrioten“ sind schon so demoralisirt, daß während der Anwesenheit des Zarats in Warschau aus ihren Reihen die Lösung kam: „Die Versöhnungspartei ist notwendig, um die Erregungskräfte zu realisieren, zu denen die Regierung durch die revolutionäre Agitation, bestimmt wird.“ Den größten Anhang haben wohl die sogenannten „National-Demokraten“. Der Name „National-Demokrat“ — jagt der Bericht — „ist modern geworden; es unterschreibt ihn jeder, der Widerwillen gegen revolutionäre Thätigkeit hat und sich dennoch nicht offen zu dem Versöhnungsprogramm bekennen will.“ Die Studenten, die während des Studiums nicht radikal genug aufzutreten können, um sich nach wenigen Jahren zu üblichen Stellenjägern zu entwickeln, nennen sich auch national-demokratisch. Die „Nationale Liga“ hat auch versucht, die Arbeiterbewegung unter ihren Einfluß zu bekommen — selbstverständlich ohne jeden Erfolg. Außer der „Liga“ bestanden zuweilen radikale Gruppen und vor allem Circel, die sich auch auf dem Gebiete der Volksbildung bethätigten. Ihre Arbeit vor dem Volke weit nützlicher, als alle Propaganda der National-Demokraten. — Die Entwicklung des Kapitalismus in unserm Lande hat dazu geführt, daß heute neben der socialistischen Partei keine andre revolutionäre Organisation besteht, und auch keine Aussicht vorhanden ist, daß sich eine solche aus Elementen, die für die Lehren des Socialismus unempänglich sind, in Zukunft bilden wird. Die Socialistische Partei Polens ist die einzige revolutionäre Organisation des Landes. Sie fährt eine selbständige, proletarische Politik und hat deshalb alle Angebote der Patrioten, mit ihnen in Verbindung zu treten, rundweg abgelehnt.

Die Thätigkeit der Partei entspricht auch diesen Grundfahen. Die Partei propagirt durch Schriften und Flugblätter socialistische Grundfahen, gerichtet die Gewaltthaten der russischen Regierung, veranstaltet Massendemonstrationen, die das Selbstbewußtsein der Arbeiter stärken und organisiert Streiks und erzieht die Arbeiter zur Selbstständigkeit und Solidarität. Die Partei lehrt die Arbeiter, daß sie keine Brutalität, keine Befehdigung — möge sie kommen, woher sie wolle — widerstandslos über sich ergehen lassen dürfen. (Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches.

Verlin und Umgebung.

Die Lohnbewegung der Kohlenarbeiter hat bereits bedeutende Dimensionen angenommen. Am Montag früh wurde bei den meisten Berliner Kohlen-Engros-Firmen, welche die Forderungen nicht bewilligt haben, von den Arbeitern und Aufsehern einmütig die Arbeit eingestellt. Die aufgestellten Forderungen sind folgende:

Für die Aufseher wird ein Wochenlohn von 27 M., für die Arbeiter wird eine Beschränkung der Arbeitszeit auf zehn Stunden verlangt. Der Lohn soll 4 M. täglich betragen. Die Ueberlöhne sind mit 50 Pf. zu bezahlen. Für Sonntagsarbeit werden 60 Pf. pro Stunde verlangt. Das Ueberladen von Kohlen aus den Lokris auf die Wagen (200 Centner) soll mit 4,50 M. entlohnt werden. Abiegen der Preßloken von den Lokris auf den Bahnen ist analog des Ueberladens zu regeln. Für das Ueberladen der Steinloken vom Kahn auf den Wagen werden je nach der Lage des Kahns 2 1/2—3 Pf. pro Centner verlangt. Für das Ausladen der Steinloken soll ein Minimallohn von 2 1/2 Pf. pro Centner bezahlt werden. Ferner wird verlangt Vergütung der Zeit, wenn der Unternehmer nicht genügend Wagen stellt, so daß die Arbeit unterbrochen werden muß. Erfolgt das Ausladen aus den Kähnen im Tagelohn, so soll ein Stundenlohn von 75 Pf. gezahlt werden. Der Lohn soll wöchentlich, und zwar Freitags bezahlt werden.

In der ansehnlich stark besuchten Versammlung, die am Sonntag im Gewerkschaftshause tagte, wurde über die sehr schlechten Lohr- und Arbeitsbedingungen der Kohlenarbeiter und Aufseher verhandelt.

Trotz der beschränkten Verteuerung der Lebensmittel, Mieten u. s. w. ist der Lohn von 3 bis 3,50 M. seit Jahren nicht erhöht worden, obwohl die Kohlenhändler die Erhöhung der Kohlenpreise immer mit dem Steigen der Arbeitslöhne motivirten. Der Jahresverdienst wird stark verringert infolge häufiger und längerer Arbeitslosigkeit, die in der flauen Geschäftszeit wochenlang andauert. Der Verdienst entspricht auch keineswegs der ansehnlich schweren, anstrengenden und sehr gesundheitschädlichen Thätigkeit. Vielfach müssen die Arbeiter die Kohlen im Neep und Tragelassen 4 Treppen oder auf den Dachboden befördern. In die Poren der schweißigen Haut setzt sich der feine Kohlenstaub fest und erzeugt ein brennendes, stechendes Gefühl am ganzen Körper. Im Wasch- und Bade-Einrichtungen fehlt es fast auf sämtlichen Kohlenplätzen, so daß die Arbeiter auch die so notwendigen Bäder von ihrem geringen Verdienst bezahlen müssen. Die Forderungen der Arbeiter sind so minimale, daß wohl angenommen werden konnte, sie würden von den Unternehmern anerkannt, ohne daß es zum Ausstand kommen würde. Die Unternehmer wären dazu sehr gut in der Lage, zumal ihnen der Kohlenhandel einen ganz erheblichen Verdienst einbringt. Seitens der Arbeiter selbst ist alles versucht worden, eine friedliche Einigung herbeizuführen. Die Kommission ist bereits vor längerer Zeit mit der Vereinigung der Kohlenengros-händler in Verbindung getreten, ein Resultat ist aber nicht erzielt worden.

Der Stand der Lohnbewegung ist für die Streikenden günstig, trotzdem gestern eine Anzahl Leute die Arbeit nach einer minimalen Lohnaufbesserung aufgenommen haben. Mehrere Firmen haben die Forderungen im vollen Umfange anerkannt und es arbeiteten gestern bereits mehrere hundert Arbeiter und Aufseher zu den neuen Bedingungen. Ausständig sind zur Zeit noch etwa 2000 Mann.

Einzelne Unternehmer versuchten sich Ersatz für die Ausständig aus der Berberge zur Heimat zu verschaffen. Bei der Firma Dahmann u. Lno, die für staatliche und kommunale Betriebe liefert, fahren Postkutscher in Uniform an Stelle der Streikenden die Kohlenwagen. Die Kleinhändler, von denen angenommen wurde, daß sie sich mindestens unparteiisch verhalten würden, haben in einigen Fällen die Kohlen selbst überladen, und kam es deshalb verschiedentlich zu Differenzen.

Die Unternehmer hielten gestern nachmittag eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, die aufgestellten Forderungen abzulehnen und nur folgende Bedingungen zu bewilligen: Arbeitszeit 11 Stunden und zwar von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends bei einem Tagelohn von 3,75 M. für Ueberlöhne sollen 40 Pf., für Sonntagsarbeit pro Stunde 50 Pf. bezahlt werden. Ueberladen von Weikets jeden Formats auf Wagen 4 M., auf dem Plaz 4,50 M., nach der 1. Klasse 5 M. für Abtragen der Weikets bei der Randschaft pro Mann und pro Centner 2,75 M. Der Aufseherlohn soll wöchentlich 25 M. betragen.“ An diesen Beschluß werden sich verschiedene Firmen nicht halten, sondern die Forderungen bewilligen.

In der sehr stark besuchten Versammlung der Ausständig, die gestern abend tagte, wurden die Zustände der Unternehmer-Vereinigung allgemein als zu gering bezeichnet. Die Wiederaufnahme der Arbeit unter diesen Bedingungen wurde entschieden abgelehnt und einstimmig folgende Resolution beschloßen: „Die Versammelten erklären, daß die von den Unternehmern bewilligten Arbeitsbedingungen kein

Entgegenkommen bedeuten. Die Verordneten sind der Ansicht, daß bei den steigenden Lebensmittelpreisen, Mieten usw. die Forderungen, wie sie gestellt waren, den Verhältnissen entsprechen und keineswegs zu hoch sind. Außerdem wurde noch länger lebhafter Debatte gegen eine große Minorität beschlossen, die vordem nominierten Forderungen nach dem Vorschlag der Lohnkommission wie folgt abzuändern:

Wochenlohn für Antischer 26 M., tägliche Arbeitszeit 11 Stunden, Tageslohn 4 M., Ueberstunden 45 Pf., Sonntagsarbeit pro Stunde 50 Pf., Ueberstunden pro 200 Tm. 4 M., Abfegen 1,50 M., 1. Etage 5 M., Abtragen bei der Kundschaft 8 M.

Man erwartet nun, daß der herabgesetzte Tarif von allen Firmen anerkannt wird und soll vordem unter keinen Umständen die Arbeit aufgenommen werden. Am Donnerstag findet wieder eine Versammlung bei Cohn, Vorkstraße, statt.

Die Kollutscher und Expeditionsarbeiter stellen an die Expeditoren folgende Forderungen:

a) **Arbeitszeit:** für Kollutscher von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr; für Expeditionsarbeiter 10 Stunden täglich.

b) **Löhne:** für Kollutscher Anfangslohn 24 M. pro Woche, nach 1-jährlicher Thätigkeit 27 M.; für jüngere Antischer unter 20 Jahren Minimallohn 21 M. pro Woche; für die Antischer und Belegte der Bahnpediteure (Antischer, Wölliger, Stettiner, Hamburger, Salzfischer und Ostbahnhof) 21 M. pro Woche; für Ueberarbeiter nach 8 Uhr abends pro Stunde 50 Pf.; für Ueberarbeiter Sonntags 1 M. pro Fuhr. — Für Expeditionsarbeiter: Anfangslohn 23 M., nach 1/2 Jahr 25 M. pro Woche, für Ueberstunden 40 Pf. pro Stunde, für Sonntagsarbeit (nur in dringenden Fällen) 50 Pf. pro Stunde.

Allgemeine Forderungen: 1. Die Stallwachen der Kollutscher sollen fort, ebenso das Füttern der Pferde durch die Antischer am Sonntagabend. 2. Bei einjähriger Thätigkeit ist jedem ein achtstägiger Urlaub bei Fortziehung des Lohns zu gewähren. Einführung der 8 Uhr-Abdahlungsstunde per 1. September 1900.

Eine aus fünf Kollutschern und zwei Expeditionsarbeitern bestehende Lohnkommission soll mit dem Verein Berliner Expeditoren verhandeln.

Au die Barbier- und Friseurgehilfen Berlins und der Vororte!

Auf dem diesjährigen Verbandstag der Innung wurde beschlossen, das Trinkgeld nach Möglichkeit abzuschaffen. Da man hierbei gleich die Lohnbewegung der Gehilfen kritisierte und dabei hervorhob, daß die Forderungen übertrieben seien, so müssen wir hierzu Stellung nehmen. Der Beschluß, die Trinkgelder abzuschaffen, läßt die Annahme zu, daß dieses ohne Lohnserhöhung geschehen soll. Nach Lage der Sache müssen wir für ein solches Annehmen bestens danken, denn bei den jetzigen Löhnen von etwa 6 M. bei 100-stündiger Arbeitszeit, können wir auf die Nebeneinnahme nicht verzichten. Es ist notwendig, daß man unsere Forderungen: kürzere Arbeitszeit (9 Uhr-Abdahlungsstunde) und höheren Lohn mehr entgegenkommt. Um die ganze Angelegenheit gründlich behandeln zu können, laden wir die Kollegen zu dem am Donnerstag, den 28. d. Mts., abends 10 Uhr, Alte Jakobstr. 87, stattfindenden öffentlichen Versammlung ein mit der Bitte, recht zahlreich zu erscheinen. Die Agitationskommission. J. A.: Paul Lieke, Adorfstr. 64.

Die Adresse des Verbands deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher ist nunmehr: F. Eylorn, Gombucn, Gassanaderstraße 15-17; gleichzeitig für das am 1. September wieder erscheinende Fachorgan: „Barbier- und Friseur-Zeitung“.

Die Glaser beschließen in der Mitgliederversammlung des Centralverbandes, folgende Forderungen an die Meister zu stellen und sie ihnen durch den Gesellenausschuß der Innung unterbreiten zu lassen: Neunständige Arbeitszeit, 56 Pf. Stundenlohn, Abschaffung der Recordarbeit. Weitere Beschlüsse sind späteren Versammlungen vorbehalten.

In Potsdam sind am Dienstagmorgen die sämtlichen Steinseherarbeiten zum Stillstand gekommen, nachdem dieselben teilweise schon seit Freitag voriger Woche gestockt haben. Die Ursache der Arbeits einstellen ist folgende: Die Kammer, die sich seit diesem Frühjahr dem Verbands angeschloßen haben, beantragten eine Erhöhung des Stundenlohns von 40 auf 45 Pf., welche ihnen vor drei Wochen auch zugestanden wurde, sogar „mit Freuden“, wie einige Meister erklärten. Nachdem die Leute den Lohn dann zwei Wochen lang bezogen hatten, wurde ihnen plötzlich erklärt, daß man sich „geeinigt“ habe, ihnen wieder bloß 40 Pf. zu zahlen. Natürlich legten hierauf die sämtlichen Kammer, die auch alle organisiert sind, die Arbeit nieder. Dieselben konnten sofort in andre Arbeit treten. Man stellte nun inorganisierte Leute ein, denen man 40 Pf. Lohn pro Stunde zahlte, jedoch verweigerten nimmere die Steinseher das Zusammenarbeiten mit diesen Leuten. Mehrfach angebotene Verhandlungen wurden von den Meistern immer wieder vereitelt. Schließlich griffen dieselben zu der List, die Arbeiten völlig ungerannt liegen zu lassen, um sie nachher, wenn die Steinseher vom Bau weg wären, durch die Inorganisierten rammen zu lassen. Aber auch dazu waren die Steinseher nicht zu haben. Nachdem nun alle Versuche der Steinseher, die Sache in Güte beizulegen, gescheitert, die Meister auch vergeblich versucht haben, die „gelernten“ Steinseher gegen die „ungelernten“ Kammer auszuspielen, ist, wie gesagt, die Arbeit gestern morgen gänzlich eingestellt worden. — Dasselbe ist in Burg b. Magdeburg auf dem dortigen Bau eines Potsdamer Meisters geschehen.

Natürlich haben die Potsdamer Meister sofort ein Schreiben mit Namensverzeichnis sämtlicher Ausstießer an die auswärtigen Innungen geschickt, in welchem behauptet wird, daß die Arbeit ohne jeden Grund niedergelegt worden ist. Wahrscheinlich steht das Vorgehen der Potsdamer Meister mit dem Leipziger Kampf im Zusammenhang, da auch gestern abend in Berlin eine umfangreiche Versammlung Berliner und auswärtiger Steinsehermeister (natürlich geheim) getagt hat.

Deutsches Reich.

Reichsländische Gewerkschaftsorganisation. Am Montag fand in Straßburg die erste Delegiertenversammlung der Gewerkschaftsartelle des Reichslandes statt, die von den Städten Straßburg, Mülhausen, Colmar und Metz mit zusammen 10 Delegierten besetzt war. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete der Antrag auf Schaffung des Postens eines ständigen Agitators für die gewerkschaftliche Bewegung in Elsaß-Lothringen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg hatte sich bereit erklärt, im Falle der Schaffung dieses Postens einen ansehnlichen Zuschuß zu den Kosten zu leisten, insoweit an die Forderung aber die Bedingung, daß die Agitation nur für die in Deutschland bestehenden Centralverbände geführt werde und nicht etwa für die elsaß-lothringischen Sonderorganisationen, wie im reichsländischen Textilarbeiter-Verband eine erblickt werden müsse. Zum mindesten müsse sie darauf bestehen, daß zwischen der letztgenannten Vereinigung und dem allgemeinen Verband der deutschen Textilarbeiter ein Ausgleich herbeigeführt werde. In dieser Hinsicht machten die Mülhäuser Delegierten die von der Versammlung fernsichtig beehrte Mitteilung, daß dieser Ausgleich bereits angedacht sei und sich nach dem Vorbild des Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen der elsaß-lothringischen und der allgemeinen deutschen Bund der Gewerkschaften vorgehen werde. Die Frage der Schaffung eines Agitationspostens wurde schließlich in dem Sinne erledigt, daß eine aus drei Personen bestehende Agitationskommission gebildet werden soll, die von dem hierzu zu bestimmenden Vorort zu wählen ist. Derselbe führt den Namen „Central-Kommission der Gewerkschaften Elsaß-Lothringens“ und ist angewiesen, mit der Generalkommission in Hamburg ständige Verbindung zu halten. Ihr Sitz ist Straßburg, deren Gewerkschaften die drei Mitglieder ernennen. Die Kartelle des Landes haben an die Kommission pro Monat und Mitglied einen Beitrag von 3 Pf. zu entrichten. —

Verantwortlicher Redacteur: Wilhelm Schröder in Wilmersdorf. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckner in Berlin. Druck und Verlag von Max Schöningh in Berlin. **Preis 2 Pfennige u. Unterhaltungsblatt.**

Ausland.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung entbehrt bisher noch einer einheitlichen Zusammenfassung. So besteht eine selbstständige Gewerkschaftskommission in Wien und eine eben solche in Prag. Zur Herbeiführung eines engeren Zusammenwirkens der beiden Organe fand kürzlich eine Konferenz von Delegierten derselben in Brünn statt. Es wurde beschlossen, daß zur Förderung des gemeinsamen Vorgehens von Zeit zu Zeit Besprechungen von Delegierten der beiden Kommissionen stattfinden sollen, daß die beiden Sekretäre über alle Streitangelegenheiten in ständige Korrespondenz treten und sich gegenseitig über ihre Wahrnehmungen berichten, und daß bei Streiks, an denen Angehörige beider Kommissionen teilnehmen, sowie bei Streiks, die nur den Wirkungsbereich einer Kommission betreffen, die beiden Kommissionen gemeinsam vorgehen resp. sich gegenseitig nach Möglichkeit unterstützen sollen.

Weiter wurde auch die Notwendigkeit betont, über alle wichtigeren Fragen der Organisation und Agitation gemeinsam zu beraten und ein Einverständnis zu erzielen.

Hierbei wurde allgemein der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung ein noch festerer und innigerer Zusammenschluß der beiden Kommissionen anzustreben sei.

Der allgemeine britische Gewerkschaftsbund (General Federation of Trades Unions), der vor 2 Jahren ins Leben gerufen wurde, hielt am 18. August in Nottingham seine zweite Generalversammlung ab. Der Bund umfaßt jetzt 59 Gewerkschaftsorganisationen mit zusammen 377.729 Mitgliedern. Von den Organisationen sind 44 nach dem Prinzip des Verbands der Maschinenbauer organisiert, d. h. mehrere Berufe umfassende, — „amalgamierte“ — Gewerkschaften, deren Leitung centralisiert, aber in ihren Vollmachten gegenüber den Filialen beschränkt ist; 11 sind streng centralistisch und 4 streng föderalistisch aufgebaut. Unter andern gehören dem Gewerkschaftsbund an: Die Verbände der Maschinenbauer, der Eisenbahner, der Gasarbeiter, der Baumwollspinner, der Dicker. Die Bergarbeiter, die Bauhandwerker halten sich ihm dagegen noch fern. Im ganzen vertritt der Bund, dessen Präsident, Pete Curran, und Sekretär, G. Mitchell, der Independent Labour Party angehören, das radikalere Element der Gewerkschaftsbewegung. Sein Kostenbestand belief sich am Schluß des ersten Geschäftsjahres auf gegen 450.000 M. Zwei der Rasse ist, den Organisationen, die dem Bund angehören, im Fall von Ausständen Unterstützungen nach einem statutenmäßig festgesetzten und den Einzahlungsrate an geeigneten Staffelsystem zu gewähren. Doch ist der Bund keine reine Streikliste. Sein Statut bezieht als eine seiner vornehmsten Aufgaben die Förderung des gewerblichen Friedens durch ständige Lohn- u. c. Komitee, Schiedsgerichte, Einigungsämter und ähnliche der Vermeidung von Ausständen gewidmete Institute. Die Generalversammlung beschäftigte sich, da der Bund noch keine Gelegenheit hatte, bei Streiks zu intervenieren, — er darf erst nach zwölf Monaten Zugehörigkeit angerechnet werden — fast nur mit inneren Verwaltungs- und Agitationsfragen. —

Die Bewegung der Angestellten der großen Ostbahn Englands hat in den letzten Tagen wieder ein drohendes Gesicht angenommen. Die Direktion hat zwar die Delegierten der Angestellten in langen Konferenzen ruhig angehört und alle ihre Beschwerden und Wünsche zu Protokoll genommen, erklärt aber nunmehr, daß ihre Antwort nicht vor Ablauf mehrerer Wochen werden erfolgen können, da die Prüfung der Anträge und Beschwerden viel Zeit in Anspruch nehme. Die Angestellten sind darüber ungeduldig geworden und fürchten, man wolle sie bis nach Ablauf der Reisezeit und der Entlohnung hinhalten. Das Komitee der Eisenbahner hat alle Maßnahmen für den Fall eines Ausstandes (Organisation von Wachposten für die verlassenen Bahnhöfe u. c.) von fliegenden Kolonnen u. c.) getroffen, und da die Bewegung inzwischen auch Angestellte anderer Bahngesellschaften erfaßt hat, muß die Situation als ernst bezeichnet werden. Die Direktion der Ostbahn hatte neulich behauptet, sie wisse aus zuverlässiger Quelle, daß die seiner Zeit vorgenommene Urabstimmung ihrer Angestellten nicht, wie deren Komitee behauptete, eine Mehrheit von 5279 gegen 53 Stimmen für den Ausstand, sondern eine Mehrheit von 2200 gegen 1207 Stimmen gegen den Ausstand ergeben habe. Das hat den Verächterstatter der „Times“ veranlaßt, sich vom Komitee die Erlaubnis zur Prüfung der Abstimmungsergebnisse zu erbitten. Sie ward ihm bereitwilligst zugestanden, und er erklärt nun, daß die Direktion durchaus falsch berichtet sei. Die Prüfung der Stimmzettel zeige nur eine unbedeutende Abweichung von den Zahlen des Komitees.

Sociales.

Die Ruhegehaltskasse der Großen Berliner findet noch gar keine Gegenliebe bei den Angestellten. Der „Kassenvorstand“, so heißt die Direktion, sieht sich deshalb zum Erlaß einer Art Rechtfertigung der Kassenrichtlinien veranlaßt. Sie beginnt:

Der Vorstand der Ruhegehaltskasse hat zu seinem lebhaftesten Bedauern feststellen müssen, daß von den zum Beitritt zur Ruhegehaltskasse berechtigten Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn, Westlichen Berliner Vorortbahn und Südlichen Berliner Vorortbahn noch viele mit Abgabe ihrer Beitrittsklärung zurückhalten. Scheinbar entspringt dies einem Versehen der thätiglichen Verhältnisse. Es soll deshalb nachstehend versucht werden, über einzelne Punkte Aufklärung zu geben, welche anscheinend in ihrer Tragweite nicht genügend oder nur einseitig gewürdigt werden.

Es wird dann gesagt, daß der Beitrag von 4 Proz. auf Grund sorgfältiger versicherungstechnischer Berechnungen festgestellt worden sei und die Kasse bei geringeren Beiträgen nicht lebensfähig wäre und daher auch nicht die behördliche Genehmigung erhalten hätte. Dann wird ausgeführt, daß die Anrechnung von 5 Dienstjahren bei länger beschäftigten Leuten schon ein großes Geschenk der Gesellschaft bedeute, da diese hierzu 800.000 Mark spenden müßte. Daß sie jahrelang die Angestellten mit der Gründung der Kasse hingehalten und dabei jedes Jahr Millionen eingestrichelt hat, indessen zahlreiche Angestellte dienstunfähig geworden sind, wird nicht gesagt.

Die völlige Rückzahlung der Beiträge beim Austritt aus der Stellung sei auch aus versicherungstechnischen Gründen nicht möglich, weil ja auch die Auscheidenden Verwaltungskosten verursachen hätten. Daß die Beiträge im Todesfalle ganz verfallen, sei nicht unbillig, denn auch bei andern privaten Versicherungsverhältnissen verliere man die Beiträge, wenn eine Versicherung abläuft, ohne daß man bezugsberechtigt werde.

Schließlich heißt es: 4. Bei Begründung der Ruhegehaltskasse mußten die zur Zeit bestehenden Verhältnisse als für die notwendigen Berechnungen maßgebend erachtet werden. Stellt sich nun im Zeitverlaufe heraus, daß die Beiträge ermäßigt oder die Rassenleistungen erhöht oder auch andere Erleichterungen geschaffen werden können, ohne die Lebensfähigkeit der Ruhegehaltskasse zu gefährden, so werden die dazu berufenen Verwaltungsgremien den Zeitpunkt nicht ungenügend vorübergehen lassen und darf auch bei der Betriebsunternehmerin umsonst auf Entgegenkommen gerechnet werden, als bei Ermäßigung der Mitgliedsbeiträge sich auch ihr Zuschuß ermäßigt.

Nach alledem sind wir der Ansicht, daß es im Interesse eines jeden Angestellten liegt, die Mitgliedschaft bei der Ruhegehaltskasse zu erwerben. Es darf nicht unterschätzt werden, daß eine gleiche oder auch nur annähernd gleiche Einrichtung in wenigen kaufmännischen oder gewerblichen Betrieben bestehen dürfte und daß die Angestellten in ihren Pensionsbezügen den Staatsbeamten annähernd gleichgestellt sind.

Die Straßenbahner werden wohl hierauf antworten.

Gegen die Konsumvereine wurde arg geseizt auf der Generalversammlung des Centralverbandes der Kaufleute und Gewerbetreibenden, die am Montag in Stettin begann. Es wurde eine Resolution angenommen, worin der Verbandstag die Ueber-

zeugung ausdrückt, daß Konsumvereine jeder Art einerseits den alle Lasten tragenden legitimen Handel schwer schädigen, daß andererseits, wie leicht nachweislich, der durch die Konsumvereine angeblich entstehende wirtschaftliche Vorteil in den allermeisten Betrieben nur ein Scheinbarer ist.

Der Gewerkschaft der Behauptung, daß die Konsumvereine keine wirtschaftlichen Vorteile böten, scheint man aber doch nicht recht zu trauen, denn in den gehaltenen Reden spielten politische Motive die Hauptrolle. Die Mehrheit der Konsumvereinsmitglieder seien Socialdemokraten und beabsichtigten die Konsumvereine zur Förderung der Umstrukturierung. Wenn daher, wie es geschehe, die Beamten die Konsumvereine noch unterstützen, so förderten auch sie die Umstrukturierung und sie setzten sich zugleich in Widerspruch mit den Worten des Kaisers, der gesagt habe, der Mittelstand müsse erhalten werden. Wenn sich die Konsumvereine in der bisherigen Weise weiter ausdehnen, dann sei die Zeit nicht mehr fern, wo der letzte Kaufmann Lagerhalter und der letzte Wädrmeister Geselle werden müßte. Die Regierung dürfe die letzte Vermittlung des Mittelstandes nicht mehr länger zusehen. Deshalb müssen Gesetze geschaffen werden, wodurch die Errichtung von Konsumvereinen von dem vorhandenen Bedürfnis abhängig gemacht werde, die Konsumvereine besteuert und ihnen verboten werde, Dividende zu zahlen.

Damit geben die Herren selber zu, daß doch die Konsumvereine wirkliche und sehr erhebliche Vorteile für die Mitglieder haben. Die Dividende ist gewiß ein erheblicher Vorteil und überdies nicht der einzige; das Verbot der Dividende würde zudem nur den Erfolg haben, daß die Vereine ihre Preise herabsetzten. Dagegen würde es gewiß ein schweres Hindernis für die Entwicklung der Konsumvereine sein, wenn ihre Errichtung von einem vorhandenen Bedürfnisse abhängig gemacht werden könnte. Indes ist dies eine so ungewöhnliche Forderung, daß es die Herren Kaufleute doch als eine selbstverständliche Pflicht erachten sollten, solche Forderung nicht ohne ersichtliche sachliche Begründung zu erheben. Dazu ist aber nicht einmal der Versuch gemacht worden. Die Demagogie, daß sich die den Konsumvereinen angehörenden Beamten einer Förderung von Umstrukturierung schuldig machen und sich zu dem Willen des Kaisers in Widerspruch setzen, ist doch wohl keine Begründung.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

China.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt zu einer Washingtoner Depesche über erneute Friedensverhandlungen Li-Hung-Tschang, da nimmere die Gesandten und Ausländer bereit seien, diesen die Mächte solchen Verhandlungen, vorausgesetzt, daß Li-Hung-Tschang dazu genügende Vollmachten besitze, keine Schwierigkeiten mehr bereiten. Ob sie zum Ziel führen, sei jedoch sehr fraglich; denn sie würden sich in erster Linie nur um die Auslieferung der Schuldigen drehen. Das bisherige Verhalten der Vicerönlige weise nicht darauf hin, daß sie gewillt seien, die verantwortlichen Personen, wie hoch sie auch stehen mögen, preiszugeben. Seitens der englischen Regierung werde, wie dasselbe Blatt meldet, dieses unerwünschte Anerbieten Li-Hung-Tschangs nicht günstig aufgenommen.

London, 20. August. (W. Z. V.) Admiral Bruce telegraphiert aus Taku von vorgestern: Es verlautet, daß die verbündeten Truppen am 17. d. M. in die „heilige Stadt“ von Peking eingedrungen sind.

Paris, 21. August. (W. Z. V.) Der Korrespondent des „Temps“ meldet aus Schanghai, die Kaiserin habe die Flucht ergriffen und 50 Millionen Taels mit sich genommen, sie sei von japanischer Kavallerie umzingelt.

Paris, 21. August. (W. Z. V.) Oberst Marchand ist zur Dienstleistung bei dem Generalstab des Expeditionscorps für China bestimmt worden und wird am 2. September nach China abgehen.

Kopenhagen, 21. August. (W. Z. V.) Die Great Northern Telegraphen-Compagnie teilt mit, daß das neue Kabel Taku-Tschifu eröffnet worden ist.

Washington, 21. August. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“). Die Regierung beschloß das Gesuch Li Hung Tschang, dem amerikanischen Gesandten Conger oder irgend einem anderen amerikanischen Beamten die Vollmacht zu erteilen, Friedensverhandlungen einzuleiten und die endgültigen Bedingungen einer Regelung der jetzigen Wirren festzustellen, abzulehnen. Die Ablehnung erfolgte mit der Begründung, daß China nicht die Bedingungen der früheren Erklärung der Vereinigten Staaten erfüllt habe.

Shanghai, 21. August. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“). Der freundeindliche Gouverneur von Schantung Yuan Shikai ist gestorben.

Tientsin, 18. August. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“). 5000 Mann chinesischer Truppen sollen gestern von Sunglung nach Peking aufbrochen sein; weitere 5000 rücken gegen Tungsichou vor. Alle diese Truppen sind aus der Provinz Guman gekommen.

Sunglung, 21. August. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“). Das Blatt „The Chinese Reformer“ ist in den Besitz der Vorkämpfer eines Schiffswechsels zwischen Jung-lu und dem Vorkämpfer der Kanon-Truppen Tzung-fu-hang gekommen. Jung-lu bittet darin Tzung-fu-hang um seinen Beistand zur Vernichtung der Fremden, deren einzige Stärke in ihren Kriegsschiffen und Geschützen bestünde; China habe volllauf genügend Geschütze und ausgebildete Truppen. Tzung-fu-hang stellt in seiner Antwort die Kanon-Truppen zur Verfügung, um den Vögern bei der Vernichtung der Fremden beizustehen.

Protestantismus in Italien.

Rom, 21. August. (W. Z. V.) Der Papst richtete an den Kardinalvikar einen Brief, in dem er die Gefahr der unbeschränkten Propaganda des Protestantismus in Italien und insbesondere in Rom hervorhebt. Er betont, daß die Propaganda gesetzlich gesteuert ist, und legt seine peinliche Lage gegenüber dieser Thatsache, der er nicht entgegenzutreten könne, auseinander. Der Papst empfiehlt dem Vikar, mit vernichteter Kraft für die Bewahrung des Glaubens einzutreten. Zum Schluß werden alle Katholiken ermahnt, ihre Bemühungen zu vereinigen, damit der durch diese fetterische Propaganda angerichtete Schaden so gering als möglich sei.

Essen a. d. Ruhr, 21. August. (W. Z. V.) Die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ meldet aus Popenburg: Heute ging hier ein schweres Gewitter nieder, das großen Schaden anrichtete. In der Umgegend sind elf Wohnhäuser eingestürzt worden. Drei Personen und viel Vieh wurden vom Blitz erschlagen.

Budapest, 21. August. (W. Z. V.) Einer Blättermeldung zufolge findet aus Böhmen eine Massenauwanderung der Mohammedaner und der Griechisch-Orthodoxen nach Serbien und Kroatien statt.

Budapest, 21. August. (W. Z. V.) Anlässlich der Kaisergeburtstagsfeier spielte in Alti beim Bösserschießen ein Wädrer. Drei Personen wurden getötet und zahlreiche schwer verletzt.

Trieste, 21. August. (W. Z. V.) Die Polizei verhaftete einen Anarchisten Josef Sagnac aus Paris, bei welchem auf falsche Namen lautende Pässe vorgefunden wurden. Sagnac stand im Vergriff nach Wien abzureisen.

Marseille, 21. August. (W. Z. V.) Infolge Uebereinkommens der Schiffahrtsgesellschaften mit den Seizern, Kohlentragern und Matrosen ist der Ausstand beendet. Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen werden.

Die amerikanische Socialdemokratie.

Wir werden nun Veröffentlichung des Folgenden ersuchen: Die „ergänzenden und berichtenden Bemerkungen“ des Genossen Diezgen sind wohl kaum geeignet, das unvollständige Bild von unsrer Parteiverhältnisse zu einem vollständigen zu gestalten.

Seine „ergänzenden Bemerkungen“ fordern zu weiteren Ergänzungen auf. Es ist zu bedauern, daß Genosse Diezgen krankheits- halber dem Aufste der Vereinigten Socialisten Amerikas, dieselben auf dem internationalen socialistischen Kongress in Paris zu vertreten, nicht nachkommen kann.

Die Socialdemokraten (Debs' Richtung) hoffen, sagt er, daß nachdem die Majorität der Socialistischen Arbeiterpartei gegen die De Leon-Social-Gruppe rebelliert und sich von derselben getrennt habe, sie des sektiererischen Geistes ledig geworden und daß eine Vermählung mit derselben möglich, ja — wünschenswert sei.

Warum denn, Genosse Diezgen? Nicht etwa, weil die Socialistische Arbeiterpartei auf ihrem Konvent in Rochester die Einlösung der Socialdemokratischen Partei, sich ihr anzuschließen, mit Entschiedenheit zurückweist?

Die Socialdemokratische Partei ist entstanden, ja, mußte auch als Reaktion gegen den euhemerischen Dogmatismus und die heillose Taktik in Bezug auf die Gewerkschaften der alten Socialistischen Arbeiterpartei entstehen. So lange die Socialistische Arbeiterpartei ihr Unwesen trieb und im Namen des Socialismus den Socialismus in den Augen der Arbeitermassen systematisch diskreditierte, mußte die Socialdemokratische Partei ihre Integrität zu bewahren suchen.

Da kam die Rochester-Konvention. Die meisten Delegaten waren alte bewährte Genossen, die zu der einsichtsvollen und mutigen Garde gehörten, die gegen den Geist tödenden Dogmatismus De Leons innerhalb ihrer Partei kämpften.

Der Redacteur der Fachpresse, Kollege Stübner, eröffnet in der „Erholung“ auf dem Martinsberg die Sitzungen und ruft den Delegierten in einer Begrüßungsansprache ein herzliches Willkommen zu.

Nach einer Begrüßung des Kollegen Gion aus Oestreich wurde das Bureau gebildet und dann zu dem bedeutendsten Punkt der Tagesordnung: Die politische und gewerkschaftliche Aktion in der Konfektion übergegangen.

Der Referent A. Albrecht-Halle weist darauf hin, daß sich die gewerkschaftliche Organisationsarbeit auf die politische Vertretung der Arbeiter im Reichstag verlassen dürfe, denn was der Reichstag bisher für die Konfektionsarbeiter getan habe, sei sehr minimaler Natur.

Die Teilnahme des Reichstags ist nicht zu unterschätzen, aber wenn die Arbeiter gegenwärtig Erfolge erzielen wollen, dann müssen sie daran hinarbeiten, die Gewerkschafts-Organisation nach jeder Richtung hin auszubauen.

Da isten es ihr (der Socialistischen Arbeiterpartei) doch klüger, sagt Genosse Diezgen, eine Vereinigung — einzelner oder gewissermaßen — mit der vielversprechend sich entwickelnden Socialdemokratischen Partei anzubahnen, indessen womöglich nicht unter deren Namen und jedenfalls ohne Einbuße der selbständigen Rolle, ganz in Uebereinstimmung mit der alten sektiererischen Taktik.

Groß war die Freude und herzlich der Empfang, als das Socialistische Arbeiterpartei-Komitee in der Socialdemokratischen Partei-Konvention in Indianapolis erschien.

Die meisten Genossen von hien und drüben glaubten, daß die so lang ersehnte Vereinigung zur Thatsache geworden ist. Alles jubelte und freute sich — endlich hat der Wunderkampf aufgehört, jetzt giebt's keine Fraktionskämpfe mehr, jetzt treten wir in geschlossenen Reihen, Schulter an Schulter, dem gemeinschaftlichen Feinde gegenüber.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Vereinigung mit der Socialistischen Arbeiterpartei überhaupt so wünschenswert sei? Allerdings war das Ergebnis — 1200 gegen 900. Weich aber der Genosse Diezgen, daß viele Stimmen ungeschwie- riger nicht mitgezählt waren; daß die öffentliche Meinung durch das Partei-Organ, das sich in Händen dieser vier Mann be- fand, künstlich fabriziert worden ist, indem fast alle Resolutionen großer Organisationen, Artikel und Eingekandts angelegener Genossen, soweit sie zu Gunsten der Vereinigung waren, das Licht der Welt nicht erblickt haben, so lange wenigstens nicht, als es noch Zeit war, die Stimmung der Genossen vor der Abstimmung zu beeinflussen?

Es war eine parteiische und grausame Censur, die der „Socialdemo- kratische Herald“ geübt hatte, gerade wie diejenige des Herrn De Leon in seinem „People“!

Warum die Socialistische Arbeiterpartei, die vor der Konvention in Indianapolis und zur Zeit derselben gut und ehrlich genug war, um der Vermählung zuzustimmen und es nach der Konvention auf ein- mal aufgehört habe zu sein — ist eine Frage für sich. Eins steht aber fest — die Socialistische Arbeiterpartei hat sich während dieser Zeit um kein Jota geändert.

Eine schwere, sehr schwere Beschuldigung erhebt Genosse Diezgen, wenn er behauptet, daß die Socialistische Arbeiterpartei — „traurig genug — durch Trübs die Socialdemokratische Partei (partei)“, „traurig genug“ ist es allerdings, daß Genosse Diezgen Sachen behauptet, die er unmöglich beweisen kann. „Trübs“ waren gebraucht — das ist wahr und die Socialdemokratische Partei war gespalten, aber dafür ist nicht die Socialistische Arbeiterpartei, sondern die Exekutive der Socialdemokratischen Partei verantwortlich zu machen.

Wir wollten und konnten nicht aus von vier Mann beherrichten lassen, die sowohl die Rechte der sämtlichen Mitglieder wie auch die Befehle der Konvention mit Füßen getreten haben. Einen De Leon sind wir los geworden, wir wollten keine andern groß- ziehen.

Die meisten Staatskonventionen der Socialdemokratischen Partei haben sich jetzt mit der Socialistischen Arbeiterpartei geeinigt, die andern einschließen politisch vereinigt. Wir stehen trotz aller Exekutiven und Partei-Organen, trotz wohneinander, aber wenig unterrichteter Genossen, trotz alledem und alledem, als vereinigte, geeinte Socialdemokratische Partei da, wie nie vorher. Mit unsren bravsten Genossen Debs und Carrman als Präsidiums- resp. Vicepräsidiums-Kandidaten an der Spitze ist unsre Partei im Begriff, der Welt zu zeigen, was Socialisten, wenn sie ihre Kräfte vereinigen, zu Stande zu bringen vermögen.

Offentlich wird uns dann auch Genosse Diezgen seine Sympathien nicht verjagen. S. Jngerman, einer der Delegierten der Socialdemokratischen Partei of America zum Internationalen Socialisten-Kongress zu Paris.

Kongress der Schneider und Schneiderinnen.

Der Redacteur der Fachpresse, Kollege Stübner, eröffnet in der „Erholung“ auf dem Martinsberg die Sitzungen und ruft den Delegierten in einer Begrüßungsansprache ein herzliches Willkommen zu. Der Kongress geht dem Verbandstage voraus, um öffentliche Angelegenheiten im Schnelwegverbe erledigen zu können.

Dann widmet der Redner dem Genossen Liebnicht einen Nachruf und die Beschlüsse erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Es sind 55 Delegierte anwesend, die 49 Orte vertreten. Der österreichische Schneider-Verband ist durch den Kollegen Gion, der deutsche Verband durch den Vorsitzenden Holzhauser, die Generalkommission durch Sobath-Hamburg und das Fachblatt durch Redacteur Stübner vertreten.

Nach einer Begrüßung des Kollegen Gion aus Oestreich wurde das Bureau gebildet und dann zu dem bedeutendsten Punkt der Tagesordnung: Die politische und gewerkschaftliche Aktion in der Konfektion übergegangen.

Der Referent A. Albrecht-Halle weist darauf hin, daß sich die gewerkschaftliche Organisationsarbeit auf die politische Vertretung der Arbeiter im Reichstag verlassen dürfe, denn was der Reichstag bisher für die Konfektionsarbeiter getan habe, sei sehr minimaler Natur.

Die Teilnahme des Reichstags ist nicht zu unterschätzen, aber wenn die Arbeiter gegenwärtig Erfolge erzielen wollen, dann müssen sie daran hinarbeiten, die Gewerkschafts-Organisation nach jeder Richtung hin auszubauen.

Da isten es ihr (der Socialistischen Arbeiterpartei) doch klüger, sagt Genosse Diezgen, eine Vereinigung — einzelner oder gewissermaßen — mit der vielversprechend sich entwickelnden Socialdemokratischen Partei anzubahnen, indessen womöglich nicht unter deren Namen und jedenfalls ohne Einbuße der selbständigen Rolle, ganz in Uebereinstimmung mit der alten sektiererischen Taktik.

Groß war die Freude und herzlich der Empfang, als das Socialistische Arbeiterpartei-Komitee in der Socialdemokratischen Partei-Konvention in Indianapolis erschien.

Die meisten Genossen von hien und drüben glaubten, daß die so lang ersehnte Vereinigung zur Thatsache geworden ist. Alles jubelte und freute sich — endlich hat der Wunderkampf aufgehört, jetzt giebt's keine Fraktionskämpfe mehr, jetzt treten wir in geschlossenen Reihen, Schulter an Schulter, dem gemeinschaftlichen Feinde gegenüber.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei ist ein Schritt, der die Vereinigung mit der Socialdemokratischen Partei in Betracht kommt, zu Gunsten der Vereinigung. Es wurde ein neues Komitee gewählt, daß sich mit der Socialdemokratischen Partei in Verbindung setzen resp. ihre Konvention besuchen sollte, behufs Verhandlungen über die Vereinigungsfrage.

Dr. Krause stellte dann fest, daß durch den Klageantrag verlangt wird: Die Rückkehr in das Arbeitsverhältnis oder eine Buße. Zwei der Beklagten hatten sich nun der Hotelgesellschaft wieder zur Verfügung gestellt. Mit Rücksicht hierauf nahm der Gerichtshof an, daß gegen sie Herr Braun und die durch ihn vertretene Gesellschaft keinen formellen Anspruch auf eine Geldbuße mehr habe.

Die dritte Beklagte wollte ein Attest beibringen, daß sie zur Zeit der Arbeitsniederlegung aus Gesundheitsrücksichten das Plätten überhaupt nicht mehr hätte betreiben dürfen. Der Vorsitzende machte Herrn Braun darauf aufmerksam, daß ein solches Attest auch den Anspruch auf diese Beklagte entkästen würde, denn ohne Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit berechtigt zur sofortigen Arbeitsniederlegung.

Am besten wäre es, wenn der Herr Direktor alle vier Klagen zurückzöge, da die vorliegenden Fälle kaum geeignet sein dürften, ein Exempel zu statuieren. Allerdings sei es zu bedauern, daß Frauen und Mädchen in gewissen Branchen oft vertragsbrüchig würden, und es sei auch zu wünschen, daß die betroffenen Arbeitgeber die andern Arbeiterinnen durch gerichtliche Urteile warnen und sich so schützen möchten.

In dessen mußte sich der Arbeitgeber zu diesem Zweck prägnantere Fälle aussuchen. — Herr Braun folgte dem Räte und nahm die vier Klagen zurück.

Gerichts-Beifung.

Die Ausschreitung gegen eine unbedingte Frau auf offener Straße hatte dem Metallarbeiter Dominik Maday durch schöffengerichtliches Erkenntnis eine Gefängnisstrafe von einem Monat ein- getragen. Im gestrigen Termin vor der Berufsungs-Strafkammer bot er sichentlich die Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe umzuwandeln.

Er hatte eines Mittags die Arbeit verlassen und den Rest des Tages mit einer Bierreise ausgefüllt, die sich bis zur Morgenfrunde des folgenden Tages ausdehnte. Er mußte mindestens 25 Glas Bier und ebenso viele Cognac getrunken haben. Nach wenigen Stunden Schlaf habe er die Kunde von einer Schankwirtschaft nach der andern wieder aufgenommen. Gegen Abend sei er durch die Strafgerichte ge- kommen, wo ihm die Frau begegnet sei, gegen die er sich vergangen haben sollte.

Er sei wirklich summs betrunken gewesen. Dies wurde von der Jengin, einer ehedem Arbeiterfrau, entschieden be- stritten. Der Angeklagte sei höchstens angetrunken ge- wesen. Als er an sie eine schimpfliche Zumutung stellte, habe sie ihn scharf abgewiesen und angenommen, daß er mit schleunigkeit weiter gehen würde. Anstatt dessen sei er neben ihr her- gegangen und habe sie mit den gemeinsten Schimpfworten über- dattet. Da habe sie sich denn genötigt gesehen, ihn einem Schür- mann zu übergeben. Der Gerichtshof fand sich nicht veranlaßt, von dem alten Grundsatze, wonach derartige Ausschreitungen gegen ach- tungs Frauen besonders scharf anzusehen seien, abzugehen, es wurde die Berufung des Angeklagten verworfen.

Den Gipfel der Schamlosigkeit erreichte ein erst 15 Jahre altes Mädchen, welches gestern wegen Ueppigkeit vor der 129. Abteilung des Saßengerichtshofes stand. Die Angeklagte hatte sich in der Lehnstuhlsstraße zwei Herren gegenüber in einer Weise be- unruhigt, die sich nicht einmal andeuten läßt. Der Gerichtshof ver- urteilte sie zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten und ließ sie sofort in Haft nehmen.

Verfammlungen.

Der Gehilfenauschuss der Tapeziererinnung ist am Montag in einer von Annunziatorien einberufenen und geleiteten Ver- sammlung der Gehilfen gewählt worden. Die Kandidatenliste, die von den Beteiligten schon früher aufgestellt worden ist, enthält die Namen von 3 Verbandsmitgliedern und 1 Mitglied vom Reich der Arbeiter. In der Wahlversammlung entstand eine lebhafteste Geschäfts- ordnungsdebatte, in der die Arbeiter die Wahl von zwei Verbands- mitgliedern aus ihren Reihen verlangten. Sie setzten ihr Verlangen auch durch. Es wurden gewählt: Die Verbandsmitglieder Hoffmann, Strauß, Großer, Paul Schmidt und die Arbeiter Hirt und Straßer. Nach der Verählung des Wahlresultats erklärte Großer, daß er zu Gunsten des in der Minderheit verbliebenen Kandidaten Wels (Verband) sein Amt niederlege. Der vorsitzende Obermeister erklärte die Nieder- legung zu Gunsten einer bestimmten Person für unzulässig und meinte, wenn einer von den Gewählten zurücktrete, so komme — analog den für die Vorstandswahl geltenden Bestimmungen — derjenige an seine Stelle, der in der Minderheit die meisten Stimmen erhalten habe. Da inzwischen bekannt geworden war, daß hiernach Wels die Stelle des zurücktretenden einnehmen würde, so protestierten die Arbeiter heftig gegen die Auffassung des Ober- meisters. Es gab eine erregte Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich erklärte sich der Obermeister für die seitens der Arbeiter geltend gemachte Auffassung, daß die Bestimmungen für die Vorstandswahl hier nicht anwendbar seien, denn die im Gehilfenauschuss entstehen- den Wahlen müßten durch die Ersatzwahlen, deren Wahl noch nicht vollzogen war, ausgefüllt werden. Hieraus wurde die Wahl der Ersatzwahlen vorgenommen, zu der sowohl die Verbandsmitglieder wie die Arbeiter je 2 Kandidaten nominieren. Gewählt wurden die beiden Verbändler Rinu und Paul Müller. Bezüglich dessen, der an die Stelle des zurücktretenden Großer zu treten hat, konnte sich die Verählung nicht einigen. Der Obermeister erklärte, er werde das Wahlresultat der Aufsichtsbchörde mitteilen. Großer sei nun einmal gewählt, und dabei bleibe es. Wenn er zurücktreten wolle, dann möge er es zu einer andren Zeit thun.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am 19. August bei Cohn, Weichstr. 20, seine regelmäßige Mitglieder- versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Kamerad Johnny Hinrichsen unserm Genossen Wilhelm Liedtke in bewegten Worten einen warm empfundenen Nachruf, worauf die Versammlung das An- denken desselben in der üblichen Weise ehrte. Ebenso wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Otto Kublow geehrt. Alsdann gab der Vorsitzende bekannt, daß dieses Jahr wieder statistische Fragebogen an die Bezirks- kommissionen abgegeben worden sind, durch welche die Zugehörigkeit der Mitglieder zur politischen Organisation festgestellt werden soll, des- gleichen die Zahl der Leser des „Vorwärts“ und derjenigen, die nachweislich den 1. Mai durch Arbeitstrübe gefeiert haben.

Dann gab die Versammlung dem Auftrag des Vorstandes, den freilegenden Fliesenlegern 500 M. zu überweisen, ihre Zustimmung. Ferner wurde beschlossen, die Todesfälle außer im „Vorwärts“ auch in der „Einigkeit“ bekannt zu geben und die Reu- wahl des Vorstandes von jetzt ab stets in der ersten General- versammlung des neuen Jahres stattfinden zu lassen. Somit hat der diesjährige Vorstand über eine 3/4-jährige Thätigkeit zu berichten. Nunmehr hielt der Reichstags-Abgeordnete Genosse Rosenow seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Arbeiter- bewegung früher und jetzt. Eine Diskussion fand nicht statt. Im Verschiedenen ersuchte Fischer, überall die Wahl von Hays- deputierten vorzunehmen, da in den nächsten Versammlungen derselben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der nächsten Zeit erörtert und festgesetzt werden sollten. Kamerad Reppschläger bedauerte, daß die Beteiligung an den Krankenkassen-Versammlungen nur gering sei und ersuchte die Organisation, an den demnächst stattfindenden Krankenkassen-Prottestversammlungen vollständig zu erscheinen. Kamerad Webers gab noch bekannt, daß das Stiftungsfest der Zimmerer in Charlottenburg am 25. August stattfindet.

Charlottenburg. In der am 19. August abgehaltenen Mit- gliederversammlung des Centralverbandes der Maurer wurde die Accordarbeit im Kupfergewerbe einer heftigen Kritik unterzogen. Ent- gegen der Ansicht der Puger, welche meinten, die Accordarbeit nicht

Sociale Rechtspflege.

Wegen Kontraktbruchs verlangte der Direktor Braun vom Savoy-Hotel von vier Plätterinnen je 7.50 Mark. Die Beklagten hatten die dreitägige Kündigungsfrist nicht innegehalten. Direktor Braun stellte dem Sachverhalt vor dem Gewerbegericht folgenber- machen dar. Die Plätterinnen hätten am 30. Juni Wohnung und besseres Essen verlangt. Er sei nicht abgeneigt gewesen, etwas zu- zulassen; dagegen hätte es bei dem bisherigen Essen bleiben müssen, denn es sei sehr dem. (Wünschenswerth einer Beklagten: Das kann man nicht sagen!) Die Beklagten hätten nun fortgehen wollen, worauf er gelang habe, sie könnten gehen. Als sich die Mädchen anzogen, habe er sie jedoch zum Weiter- arbeiten aufgefordert, sie seien aber nicht gefolgt. — Im Laufe der weiteren Verhandlung sprach der Kläger die Plätterinnen mit „Jhr- an, was vom Vorsitzenden als ungehörig gerügt wird. Gewerkschafter

ohne weiteres abbringen zu können, ersten sämtliche anderen Redner dafür ein, daß es im Interesse weiterer Aktionen in unseren Gewerbe erste Pflicht der Bürger sein müßte, die Beseitigung der Accordarbeit durchzuführen. Wegen Accordmännern wurde ein Mitglied ausgeschieden. Ferner wurde beschloffen auf Grund obenerwähnter Beschwerden wegen Nichtzustellung des „Grundstein“, daß jeder Kollege, welcher den „Grundstein“ nicht pünktlich erhält, sich darüber per Postkarte mit voller Adressenangabe beim Kassierer zu beschweren habe. Auch soll der nächsten Versammlung der Antrag vorgelegt werden, den „Grundstein“ in eigener Regie zu veröffentlichen.

Vom Parteigenossen Raether erhalten wir folgende Zuschrift: Der Bericht über die Versammlung der Sezungs-, Gas- und Wasserwerke ist dahin zu berichtigen, daß

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 22. August.
Opernhaus. Zauberflöte und der Sängerkrieg auf der Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Journalisten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Koch). Die Heldenmänner. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die verurteilte Witwe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sessing. Der Herr von Anstalt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westend. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der weiße Stiefel. Vorher: Ein Interim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wehen. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Ost. Anfang 8 Uhr.
Enrico. Raddlene. Der Dämon. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Die Boyer in China. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Denken Schiller. Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert. Anfang 8 Uhr.
Friedrich Wilhelmstädtisches. Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Alpho. Spezialitäten-Vorstellung. Baum auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Zeitlicher Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Zaudenr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Urania
Taukenstrasse 18/19.
Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Neue plastische Gruppe:
Kampf eines deutschen Seesoldaten mit Boxern bei Tientsin!
Die sensationellen lebenden Photographien: Ausfahrt des Chinageschwaders u. a. m.
Die Tiroler Sängergesellschaft „Almrausch“.

Passage-Panoptikum.
Marokkaner
(11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).
Vorstellung stündlich.
Von 7 bis 10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich:
Die Boyer in China
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: **Erste-Dankfest.** Kinderbeihung. Theater. Spezialitäten. 5 Uhr.
Sonnabend: **Vorzügliches Sommer-nachspiel.**

Metropol-Theater.
Täglich 9 Uhr 10 Min.:
Der Zauberer am Nil
und das brillante August-Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Nischen überall gestattet.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: **Lebenswellen.** Solofied mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Hugo Schulz. Musik von R. Diez. Ballett unter Leitung des Ballett-mechanik Prof. Ludwig. Auftreten der Opern- u. Chansonnetten Holly Verob, d. Grottoque-Tänzerin Gebr. Mlarde, Tauma-Quartett, The Mittons, Turner, ant dreifachen Red, The Oldenbocks, Regalballadoren, The Harwoods, Regal-Entwickler. - **Konzert.** Im Saal: Ball. - Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf. Ausg. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Puhlmanns Vaudeville-Theater.
Schönhäuser-Allee 148.
Kastanien-Allee 97-99
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Künstler L. Ranges. - Im renovierten Saal: **Großes Ball.** - Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Deutsche Konzert-Hallen
Spandauer Brücke 3.
7 Stadtbahnhöfen.
Großer Naturgarten.
Täglich von 6 Uhr ab:
Gr. internationale Konzerte von Musikern.
Gesangs-Musik-Sapellen.
Entree frei.
Von 8 Uhr ab:
Theater-Abteilung.
Spezialität-Vorstellung.
Fortuna-Säle,
Straussbergerstr. 3.
noch einige Sonnabende frei; sowie Berechnung und Regeldaten zu vergeben. 24948

der Tarif am 26. August in Kraft tritt, so daß die Lohnzahlungen von diesem Tage ab dem neuen Tarif entsprechend zu erfolgen haben. Der Kassier des Tarifs hat einen Zusatz: Die neuangestellten Monteure bezw. Arbeiter erhalten nach einer Karenzzeit von 14 Tagen einen Zuschlag von 15 Proz. zu dem Anfangslohn von 50 Pf. pro Stunde. Wichtig ist, daß der mit dem Verband der Heizungsindustriellen ausgearbeitete Tarif der am Donnerstag stattfindenden Versammlung zur endgültigen Annahme empfohlen werden soll; vielmehr hat diese Versammlung verschiedene Korrekturen des Tarifs vorzunehmen.

Centralverband der Konditoren. (Mitgliedschaft Berlin) Deute, Mittwoch, 22. August, abends pünktlich 9 1/4 Uhr. Mitglieder-Versammlung bei Schiller, Rosenb. 57. Gänge willkommen.

Freireligiöse Gemeinde zu Berlin.
Sonnabend, den 25. August, in Puhlmanns Konzertgarten, Schönhauser Allee 118:
Großes Sommerfest
bestehend in Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Tanz. **Billets a 30 Pf.** sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: E. Jahn, Kirbort, Reuterstr. 24, 4 Tr.; P. Kubitz, Prenzlauer Allee 204, 6. 4 Tr.; G. Carstens, Mühlentstr. 49, 5. 3 Tr.; G. Bohne, Brunnenstr. 141, 5. 2 Tr.; Frau Dr. Hart, Alexandrinerstr. 41, 8. 1 Tr.; W. Rode, Am Oberbaum 2; Seydler, Postenstr. 3 im Laden; Kowalewski, Bernauerstr. 79, 5. 3 Tr.; A. Galbaner, Kauerstr. 55; A. Kottlow, Schillerstr. 29. Einzug: 20 Pf. - **Eröffnung der Kaffeeküche 3 Uhr.** Ende? **Herrn, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.** **Diegen laden freundlich ein.** **Das Komitee.**

Max Klemms Sommer-Theater
Hafenheide 13-15.
Kritische Zeitung: Paul Hilbitz.
Täglich:
Großes Doppel-Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. - Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet. 2 hochlegante Regeldamen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Abendessen.
Max Klemm.

Schweizer-Garten.
Am Königsplatz - Haltestelle der elektr. Ringbahn - Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Ballett, Spezialitäten-Vorstellung, Ball.
Miss Olga Kraftjunge, Garay-Truppe, Catrini-Ballett
Ely Grone, Herm. Pertois, Franz Held
Chansonnette, Fuh-Semilich, Niederländerin.
Im Witwen-Verein. **Die lustigen Weiber.** Operette.
Meier mit'n? Posse. **Barke.** Anfang 4 Uhr. **Entree 30 Pf.**

Etablissement See-Terrasse
Röderstr. 1-3 unweit Landsberger Allee (Steuerhaus).
Mittwoch, den 22. und Donnerstag, den 23. August:
Grosser Fischzug
unter Beteiligung des geschätzten Publikums;
verbunden mit grossem Künstler-Konzert.
Donnerstag: **Grosser Ball.**
Herren-Abonnement 50 Pf. Damen frei.
Entree 10 Pf. Kinder frei. Anfang des Fischzugs 8 Uhr.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hafenheide 21 und Jahnsstr. 8 in Schnegelsbergs Festsälen, Anf. Max Schneider. - Telefon: Amt IV Nr. 1132. - **Deute: Grosser Ball,** als Spezialität: **Cigarren-Regen,** verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei. Beispiele den geschätzten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. in Besonderen und Westlichtern jeder Art. 51429*

Neue Welt, Hafenheide.
Heute Mittwoch: **Gr. Crute-Fest.**
Umzug der Schützen und Schützinnen. Gratis-Verlosung: für Mädchen eine Damen-Uhr, für Knaben eine silb. Remontoir-Uhr.
Harmonetten-Theater, Bonbonregen etc.
Großes Garten-Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.
Runderbühne mit 100 u. 150 Pf. nur an der Kasse erhältlich.
Entree 15 Pf. Vorverkauf 10 Pf. Anfang 4 Uhr.
Jeden Donnerstag: Luft- und Fronten-Feuerwerk. Gr. Konzert und Spezialitäten-Vorstellung. Entree 50 Pf. Anfang 5 Uhr. 51721*
Inhaber Maxer Passe-partouts zahlen 25 Pf. nach. **A. Frühlich.**

W. Noacks Festsäle, Brunnenstr. 16.
Empfehle meine Säle für Vereine und Gewerkschaften unter günstigen Bedingungen. Auch sind noch Sonnabende im Monat Oktober, November und Dezember zu vergeben. [23336]

TRASMOM
Kraftnahrung ersten Ranges (Eiweiss und Nährsalze der Milch)
Empfehle meine Säle zu Versammlungen. September und Oktober noch einige Sonnabende und Sonntage frei. [48006]

Briefkasten der Redaktion.
Die juristische Zurechnung findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
R. S. 100. Die Nummer, die allerdings gänzlich vergriffen ist, geht Ihnen noch zu. Kötz willkommen.
Scheer. In Deutschland kommen auf 1000 Männer 1037 Frauen, in Europa aber erst 1034, in Berlin 1060.
Zeelan. 1. Journalistenschulen gibt es in Deutschland nicht, ebenfalls können wir keine Blätter, aus denen sich der Journalistenberuf erkennen ließe, 2. Progen Sie bei der Begrüßung Ihrer Heimat an.
Briefkasten der Expedition.
G. C. 700. D. Friedländer, Gassestr. 25.

Sachhandlung Vorwärts, Berlin SW., Genthstr. 2.
Sachhandlung:
Photographien von Liebknechts Begräbnis
Kleines Format 15x22 cm Bildfläche: - 50 Pf.
Großes Format 23x29 - 1.-
10 verschiedene Aufnahmen: a) 6. Bahnhofs an der Spitze des Juges; b) der Leichenwagen und die Kranzträger; c) Parteilistung, Reichsplatzstr. u. i. w.; d) Ausdrückliche Begrüßung mit den schließlichen Begräbnis; e) 2. Bahnhofs; f) Aufbruch der Gewerkschaften.
Diese Aufnahmen sind scharf, auf schönem Karton aufgezogen, mit Unterschrift versehen und bedürfen keines Rahmens, um als dauerndes Andenken aufbewahrt zu werden.
Gruppenbild der sozialdemokr. Reichstagsfraktion.
Zusammengestellt im August 1900.
Größe 50 x 65 cm. Preis 60 Pf. Porto 20 Pf.
Dieses auf seinem Glanzarten nach neuen Photographien sauber hergestellte neue Gruppenbild enthält alle die August in Reich- und Reichstagsgebäuden gemachten Aufnahmen.
Portrait Wilhelm Liebknechts
in Original-Kupfer-Abbildung auf Chinapapier 58 x 40 cm.
Preis M. 1.50.
Dieses nützliche Kunstblatt, in dem alle Gegenstände die Portrait von Liebknecht und seiner in gleicher künstlerischer Ausführung erschienen sind, bildet als würdige Andenken an unseren großen Vorkämpfer dem schönen Zimmerdruck.

Bahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1, Bahnh. 2. W., Plomben von 1.20 an, Zahnst. 75 Pf. Zahnk. 1.00, 8-4.
Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen etc.
Hefere ist: 152002*
30 Pf. Export-Weißbier 1.20, 2.25 (ohne Wasserzuzug).
30 Pf. Flaschen Kellerei od. buntl. Lagerbier für 2.25 (von welcher Fabrikart gewünscht wird).
30 Pf. Flaschen Berliner Export 2.25, 50 Pfennig Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Eis umsonst. Gläsern selbstbes. **A. Seidler,**
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin W. Comptoir: Sedanstrasse 82, 11.

Cigarren
gegen 3-6 Monat Ziel vom Lager oder ab Fabriken ohne jeden Zwischenhandel, von 18-100 Stk. liefert nur an Cigarrenhändler Cigarren-General-Agentur und Kommission **S. Kund, Gr. Frankfurterstr. 52.** [52802*]

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Räderdorfer Straße 71
am Kaiserplatz
Täglich **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Anf. 10 Uhr. Sauerbr. Nachh. 20 Pf.
Anf.: Sonntag 5 Uhr. Entree 10 Pf.
Anf. 10 Uhr. Sauerbr. Nachh. 10 Pf.
Hermann Imbs, Direktor.

Sanssouci
Im prachtvollen **Natur-Garten** jeden Sonntag u. Donnerstag humorist. Soiree der **Norddeutschen Quartett-Sänger** Gims, Cahnhay, Noga etc.
Anfang Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Donnerstags 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.** Tanz frei.
Beginn der Winter-Saison:
Sonnabend, den 9. September.

Victoria-Brauerei.
Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Sänger
(Hörmann, Gorb. Walde.)
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochen-tags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Freiwillig-Billets 3 Stück 1 Pf.
Sind nur in der Woche gültig.
Sonntag und Donnerstags:
Tanzkränzchen.

Alle Wanzen sterben
nebst Brut durch meinen Wanzen-tod. Fl. 0.50, 1 Mk. Schwaben, Flöhe, Fliegen etc. werden durch mein Pulver vollständig vertilgt. Schachtel 0.50, 0.60 u. 1 M. Zahlreiche Anerkennungen.
1000 Mark Belohnung demjenigen, der mir einen Nicht-erfolg nachweist. Nur allein bei **Hugo Barth, Brunnenstrasse 18, Ecke Veteranenstrasse.** [51532*]
Von der Reise zurück
Dr. Swarsensky,
52002* **Wrangelstr. 49.**
Gebrauchte Teppiche, gut erhalten, preisbillig. Verkaufers große 94, 1. Etage links. [31/1]

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Zur Erinnerung an 52022* Wilh. Liebknecht.
Portrait mit und ohne Rahmen in allen Größen und Preislagen entspricht die Malerei und Bilderrahmenfabrik von **Carl Scholz,**
110 Wrangelstrasse 110.

50000 Fahrräder
in einer neuen Konstruktion, ist wohl möglich, was bis jetzt unmöglich war. **Radfabrik** in Berlin. **Verlangen Sie den gratis u. franco Haupt-Catalog u. 10-15 Radnummern und 2-3 Illustr. u. Zeitschrift.** Die dazu enthalt. Preis- und Konkurrenzliste, die Spezialität, liefert alle Reparaturen, u. macht u. d. Brands nur vollkommen, in speziellen Maschinen. Verlangen Sie prompt u. enorm billig ein Vertreter gesucht. **Hans Heiler Voss, Hohenzollernstr. 10, Berlin.** **Fahrrad-Continent-Waage.** - Billigste - **Elektronen-Deutschland.**

Für 30 Mark
fertige hochfeine Kuppeln und Paletts nach Maß, prima Stein und guter Stk. **Riesenschlager 51682* Krausenstr. 14, 1 (fern Vaden).**
Hans Kayser
Stieffeldstr. 2, Pl. 2 (Willyer Bahn).
Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.** [51712*]

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/133 • Rosenthalerstr. 27/29 und 54 • Oranienstr. 53/54.

Wirtschafts-Artikel

Brotkasten lackiert, in 3 Grössen	1,75, 1,90, 2,30 Mk.
Gemüsemesser	5 und 12 Pf.
Fleischmesser ca. 6 Zoll lang	45 Pf.
Britannia-Theelöffel	5 Pf.
Britannia-Esslöffel	12 Pf.
Blechlöffel	4 Pf.
Spirituskocher	35 P., 90 Pf., 1 Mk.
Weissblech-Waschschüsseln	25 Pf.
Küchenbretter in 6 Grössen	8, 12, 20, 23, 35, 45 Pf.
Holz-Tablettes mit lackierter Einlage in 3 Grössen	65, 95 Pf., 1,35 Mk.
Tücher und Besenleisten	20 Pf.
Wirtschaftswaagen 10 Kilo	2,45 Mk.
Hanftaschen in 3 Grössen	40, 45, 50 Pf.
Hellblaue Kaffeemühlen in 4 Grössen	90 Pf., 1, 1,10, 1,20 Mk.
Rosshaar-Handfeger , lackiert	48 Pf.
Rosshaar-Besen	95 Pf.

Ein grosser Posten

Emaille-Geschirre

grau, hellblau und marmoriert, kommt zu ausserordentlich billigen Preisen zum Verkauf.

Kasserollen mit Ring, 5 Grössen	30, 40, 50, 60, 70 Pf.
Schmortöpfe mit und ohne Ring, 5 Grössen	40, 50, 55, 70, 80 Pf.
Wasserkessel mit und ohne Absatz, 4 Grössen	60, 75, 90 Pf., 1 Mk.
Milchtöpfe in 7 Grössen	15, 18, 20, 25, 30, 35, 40 Pf.
Kaffeekannen in 4 Grössen	40, 55, 65, 75 Pf.
Sand-, Soda- oder Seifenbehälter	45 Pf.
Trinkbecher	10 und 12 Pf.
Wandkonsole mit $\frac{1}{2}$ Liter Maass	42 Pf.
Arbeiterkannen mit Tassendeckel	30 Pf.
Salz- oder Mehlmetzen	85 Pf.

Versand-Abteilung Berlin W., Leipziger Strasse 132/33. Preislisten portofrei.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag.

Wie die Parteigenossen aus der Bekanntmachung des Parteivorstands wissen, soll mit dem 27. August mit der Versendung der Mandatsformulare begonnen werden. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß diese Versendung nur an solche Adressen erfolgt, die sich besonders beim Parteivorstand, Adresse J. Kner, Berlin SW., Kreuzbergstr. 80, gemeldet haben.

Auf die große Verdrüsslichkeit in der Parteipresse, daß der oder die Genossen als Delegierte für den Parteitag gewählt seien, erfolgt die Zusendung der Mandate und Vorlagen nicht.

Wer also rechtzeitig in den Besitz der notwendigen Schriftstücke gelangen will, der wende sich rechtzeitig an die vorkommend angegebene Adresse.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Berlin, 21. August 1900.

Der Parteivorstand.

Eine Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Havelberg-Potsdam wurde am Sonntag in Berlin statt. Aus dem Bericht des Vertrauensmanns und der nachfolgenden Debatte ging hervor, daß die Bewegung im Kreise gute Fortschritte machte. Die Einnahmen des Kreises betragen 433 M., die Ausgaben 417 M. Zur Reorganisation des Kreises wurde ein Entwurf vorgelegt. Es wird das gemischte System vorgeschlagen. An Orten, wo Parteivereine existieren, übernehmen diese die örtlichen Parteigeschäfte, in anderen Orten sollen Vertrauensmänner gewählt oder vom Kreis-Vertrauensmann ernannt werden. Die Parteivereine sollen von ihrer Einnahme monatlich 5 Pf. pro Mitglied an die Kreisliste abliefern; da wo Vertrauenspersonen ernannt sind, haben diese Parteien anzugeben, auf welchen regelmäßigen Parteibezügen verzichtet werden. Diese Parteistarten sind von der Kreis-Vertrauensperson zu beziehen. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des alten Statuts mit geringen Abänderungen bestehen.

Der Vorschlag wurde mit einigen Abänderungen angenommen. Bei der Verhandlung über den Parteitag in Mainz wurde zum Entwurf des neuen Organisationsstatuts der Partei beschlossen, daß auch der zur Partei Geborene soll, der sich (anstatt der Geldzahlung) anderweitig für die Partei nützlich macht. Zum Schluß wurden noch einige Streitigkeiten wegen des Parteiblatts in Brandenburg erledigt.

Die Parteiverbreitung der deutschen Sozialdemokratie in Ostpreußen ist für den bevorstehenden Parteitag ihren Geschäftsbericht auf die Zeit vom 1. Juni 1898 bis 30. Juni 1900. Der Bericht gibt ein Bild einer lebhaften Agitations- und Organisations-tätigkeit unserer deutschen Genossen in Ostpreußen und läßt erkennen, daß die Parteiverbreitung der Partei erkennen. Nach einer, infolge mangelhafter Veranwortung der angegebenen Fragebogen noch sehr unvollständigen Statistik wurden in der Zeit vom 1. Juni 1898 bis 30. Juni d. J. 3200 Volks-, 14 188 Vereins-, 9000 § 2-Versammlungen sowie 24 Konferenzen abgehalten. Von diesen Versammlungen wurden 502 verboten und 10 aufgelöst. Die meisten Versammlungen erfolgten auf den Dörfern und Gabelungen-Tauern der Provinz. Die Zahl der Vereinsversammlungen giebt nicht einmal annähernd ein richtiges Bild der wirklich abgehaltenen Versammlungen, nachdem hier größtenteils nur die politischen, nicht aber auch Parteiveranstaltungen mit einbezogen worden sind. Es bleibt aber immerhin noch ein ganz schönes Bild agitatorischer Arbeit.

Die deutsche Parteipresse vermehrte sich um 3 Blätter und zählt zur Zeit 1 täglich, 8 zweimal und 19 einmal wöchentlich, 2 zweimal und 1 einmal monatlich erscheinende, außerdem das „Wahlblatt“, „Wahlblätter“ und nach 8 Parteiblätter, die entgegen den Bestimmungen der Partei gestiftet wurden und daher nicht offiziell anerkannt werden. Auch die Gewerkschaftspresse vermehrte sich um 3 und zählt gegenwärtig 24 Blätter.

Die über Genossen deutscher Junge verhängten Strafen werden nach der ebenfalls sehr unvollständigen Aufnahme auf 25 Jahre, 8 Monate, 3 Tage und 6 Stunden angegeben. Die Geldstrafen beliefen sich insgesamt auf 4400 Kronen.

Die Parteipresse weist eine Einnahme von 86333 Kronen und eine Ausgabe von 62947 Kronen auf.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Socialistenbekämpfung. In Maylitz, einem Dorfe des Kreises Westhavelland, verteilten am Sonntag zwei Parteigenossen Wahlflugblätter zu der dort bevorstehenden Reichstags-Wahl. Dabei wurden sie durch eine von einem Lieutenant geführte Militärpatrouille festgenommen und ins Wachlokal eskortiert; die Soldaten mußten dazu die Seitengewehre aufpflanzen.

Auf der Wache angekommen, mußten die Genossen, wie die „Brandenburg.“ berichtet, eine Zeitlang warten, dann erschien plötzlich der mit einem Revolver bewaffnete Major in der Uniform des Lokals, der die Leute mit folgenden Worten begrüßte: „Was! Das sind ja die sozialdemokratischen Nachfahren, na, die lernen wir ja schon!“ Dann kam er näher und machte seinem Unwillen darüber Luft, daß diese Staatsstörer von einem ihnen gesetzlich zustehenden Recht Gebrauch gemacht hätten. Als er hiermit fertig war, ließ er durch den Lieutenant noch die Personalien der Staatsverbrecher feststellen und dann sagte er: „Nun machen Sie aber, daß Sie auf dem schnellsten Wege aus dem Dorfe kommen, denn sonst können Sie noch die schönste Gans kriegen.“ Auf die Antwort der Genossen, sie wüßten nicht, wer sie verhaften sollte, denn sie hätten nichts verbrochen, im übrigen müsse im Ort doch auch noch eine Behörde vorhanden sein, die sie zu schützen habe, wenn etwas gegen sie unternommen werden solle, entgegnete der Major: „Es könnte Ihnen ja etwas so von hinten herin zustehen und dafür können wir keine Verantwortung übernehmen.“

Nach Lage der Umstände hielten unsere Genossen es nunmehr für geboten, sich zu entfernen. Vorher fragten sie aber noch den Lieutenant, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen ihre Verhaftung erfolgt sei, was die Antwort zur Folge hatte: „Das geht Sie nichts an, machen Sie mir schleunigst, daß Sie fortkommen.“

Es ist selbstverständlich, daß die derart behandelten Männer ihre Rechte weiter wahrnehmen werden; ebenso selbstverständlich wird es natürlich auch sein, daß die unrichtige Verurteilung in der so notwendigen Agitationsarbeit bei nächster Gelegenheit doppelt und dreifach nachgeholt wird.

Wegen Beleidigung des Bremischen Senats wurde der verantwortliche Redakteur der „Bremser Bürgerzeitung“, Genosse Rhein, vom Landgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Sociales.

Die Generalversammlung der Straßburger Orts-Krankenkasse legte gegen die geplante Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, durch welche jede selbständige Bewegung der Arbeiterklasse unterbunden werden soll, einen scharfen Protest ein und beschloß, sich dem Verband der Orts-Krankenkassen Deutschlands anzuschließen, um dadurch der Bewegung gegen jene Gesetzesverschlechterung Nachdruck zu verleihen.

Arbeitschutz und Sprache. Wie für die Vergarheit des Ruhrbeckens, so wird auch für die Seelen die Unfallgefahr wesentlich erhöht durch die massenhafte Verwendung von fremdsprachigen,

namentlich farbigen Arbeitern zur Bedienung der Schiffe. Die Schiffereeder fragen danach so wenig wie die wehrfähigen Grenzbewerber; ihnen gilt als einziges Leitmotiv die Billigkeit und Billigkeit dieser Arbeiter. Im Ruhrbergbau ist die große Gefahr, die in der Sprachmischung der fremden Arbeiter liegt, endlich auch politisch anerkannt worden durch Erlaß der bekannten Verordnung, daß besonders an verantwortlichen Stellen nur Arbeiter angestellt werden dürfen, die der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind. Der Seelente hat sich noch keine Behörde in dieser Beziehung angenommen, trotzdem schon mehrfach auf diese Gefahr aufmerksam gemacht worden ist. Eine öffentliche Seemannsversammlung in Hamburg hat einen entschiedenen Protest gegen das System der Anstellung farbiger ausgesprochen, weil, wie es in der angenommenen Resolution heißt, infolge des Umstands, daß die farbigen auch nicht annähernd der deutschen Sprache mächtig sind, die gegebenen Kommandos bei Eintritt einer Katastrophe nicht prompt ausgeführt werden können, wodurch Schiff und Ladung, Leben und Gesundheit der Mannschaft und Passagiere leichtfertig und bewußt gefährdet werden.

Lokales.

Die rote Fahne.

Ein Herr A. v. D. wütet in der „Tägl. Rundschau“ gegen das revolutionäre Rot!

„Daß man sie (die rote Fahne) in neuerer Zeit als Fahne der allgemeinen internationalen Arbeiterbewegung socialisierterseits erklärt hat, kann an ihrer revolutionären Bedeutung nichts ändern. Bisher ist nun auch die Entfaltung der roten Fahne als eines Ausdruckszeichens von Seiten der Polizei überall nicht geduldet, oder wenn dies geschehen, die betreffenden Beamten sogleich verurteilt worden, wenn auch nach Aufhebung des Socialisierungszeichens bei einzelnen Behörden die eigentümliche Ansicht hervortrat, die rote Fahne könne nunmehr als Zeichen einer Partei geduldet werden wie diese selbst. Die Polizei hatte nun auch beim Begräbnis von Liebknecht erklärt, daß rote Fahnen und rote Schleifen an den Kränzen nicht erlaubt sein sollten. Wie kommt es nun aber, daß ein rotes Banner in einer Droschke dem Zuge vorangefahren wurde?“

Es erübrigt ferner, wie dies schon bei früheren Begräbnissen der Fall gewesen war, die sogenannten Ordner mit roten Armbinden. Ihre Zahl soll 1400-1500 betragen haben. Wir halten die Gestattung dieses Abzeichens für falsch. Sie gewöhnt die Massen daran, daß die rote Farbe, das revolutionäre Abzeichen, eine gewisse Autorität ausstrahlt. Sie erweckt die Vorstellung, daß dies Abzeichen den nationalen Farben und Autoritätszeichen gleichberechtigt gegenüberstehe und erzeugt Ehrfurcht bei den Anwesenden. Man kann natürlich nichts gegen die Ordner an und für sich haben, wenn einmal ein solcher demon-strativer Aufzug gestattet ist — im Gegenteil! Aber weshalb das revolutionäre Abzeichen? Warum nicht ein anderes? Eine weiße Binde z. B. hätte sich zu diesem Zweck viel besser gelehrt.

Betrübt man den Einfluß, den Reueherlichkeiten auf die Massen stets gehabt haben und immer haben werden, so wird man diese Reueherlichkeiten berechnen können. Die große Anzahl der Artikellosen wird dadurch am allermeisten lapidiert. Wäre man den Socialdemokraten die revolutionären Fahnen in ihren Versammlungsräumen, wäge man auch die roten Schleifen an Kränzen gestatten, aber niemals den Gebrauch der roten Farbe als Zeichen der Autorität auf offener Straße.“

Zur Verhöhnung dieses Feindes des Roten sei es gesagt, daß die Fahne kein Zeichen der Autorität ist, sondern gerade wir Socialdemokraten dem immer als die Verächter der Autorität verächtlich sind. Die Fahne ist also kein Zeichen der Autorität ebenso wenig wie das Gelehrtenkleid des Herrn ein Zeichen verächtlicher politischer Auffassung darstellt. Sie flattert auch dort lustig, wo sie öffentlich nicht gezeigt werden darf, wir brauchen nur nach unserem geliebten Sachverstand hinstarrend zu blicken.

Die brennenden Accumulatorenwagen.

Unter dieser Epithete hat eine Lokalnotiz in der bürgerlichen Presse wieder eine lange für die Große Straßenbahn gebrachten, die bekanntlich gern auf die eine oder andere Art von der Verpfichtung befreit sein möchte, einzelne Straßen ohne Oberleitung befahren zu müssen. Während des vergangenen Winters hatte die Gesellschaft es mit Hilfe von Verleumdungen versucht, ihre Spinnweben über alle Straßen zu spannen und es sind ihr leider auch von den städtischen Behörden und vom Polizeipräsidenten weitgehende Konzeptionen gemacht worden, obwohl an sich, wie die diesjährigen Erfahrungen in Bremen gelehrt hatten, bei Schneeverwehungen der Accumulatorenbetriebe dem Betrieb mit Oberleitung weit überlegen ist, weil die Schneekräfte auf den Schienen sehr bald der Kontakt zwischen Mätern und Schienen ausreißt, so daß Oberleitungswagen gar keinen Strom mehr bekommen. Vollständig hat die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft ihr Ziel allerdings noch nicht erreicht, denn immerhin schieben sich noch einige oberleitungsfreie Straßen in das Netz der Straßenbahnen, und so lange dies noch der Fall ist, muß die Gesellschaft in den sauren Äpfeln sitzen, entweder in einzelnen Straßen unterirdische Stromzuführung anzuordnen oder den Accumulatorenbetrieb beizubehalten. Leider haben es die Behörden an der nötigen Energie fehlen lassen, der Gesellschaft die unterirdische Stromzuführung, die sich bei der Siemens u. Halske-Wohnung bewährt hat, auszuweisen. Es wäre auf diese Weise möglich gewesen, den Betrieb mit leichteren Wagen auszufrachten zu halten, die sich sicherer und vor allem rascher drehen lassen, wodurch mancher der zahlreichen Unfälle vermieden worden wäre, die durch die schweren Langstämme fast täglich angerichtet werden; und die Auseinandersetzung der Wagen hätte sich bei plötzlich anwachsendem Verkehr leicht in jeder beliebigen Weise steigern lassen. Da die Anlage der unterirdischen Stromzuführung aber sehr kostspielig ist, so entschloß sich die Gesellschaft wohl oder übel zum gemischten Betrieb mit Accumulatoren und Oberleitung. Nun ist dieser Betrieb aber erheblich kostspieliger als der Betrieb mit reiner Oberleitung, deshalb möchte die Gesellschaft ihn gern ganz los werden und es wird nun, nachdem sich die anderen Mittel als unzulänglich erwiesen haben, versucht, das Publikum und die Behörden durch die „brennenden Accumulatorenwagen“ grüßlich zu machen. In der oben angezogenen Notiz heißt es nämlich:

„Die Ursache der zahlreichen Brände ist zweifellos die Accumulatorenwagen. Diese haben eine scharf zersetzende Wirkung, zerfressen Holz und Eisen, dringen so tief in den Innenraum der Waggons oder kommen mit den Licht- oder Stromzuführungs-Mätern in Berührung, wodurch dann Kurzschluß und Brand herbeigeführt wird. Wenn auch ein Teil der Unfälle dadurch veranlaßt wird, daß die Accumulatoren nicht oft genug gewaschen werden, so ist doch die Hauptursache an den Bränden hauptsächlich dem System zuzuschreiben. Nebenbei, wo der elektrische Betrieb mit Oberleitung oder Unterleitung geführt wird, ist eine derartige Feuergefahr ausgeschlossen, während in allen Betrieben, die auf dem sogenannten gemischten System, d. h. Accumulatoren- und Ab- Stromzuführung angewiesen sind, derartige Brandkatastrophen zu verzeichnen waren und auch für die Zukunft nicht vermieden werden können. Nur durch eine völlige Vereinfachung der Accumulatoren kann für die Sicherheit der Passagiere Garantie geboten werden.“

Die Schilderung der Gefahren ist so übertrieben, daß man sofort die Absicht erkennt, dem wenn auch zugegeben werden muß, daß übergeschätzte oder überprüfende Schure Holzstücke und Isoliermaterial gefährden kann, so daß gelegentlich Kurzschluß eintritt, so giebt es andererseits doch auch Mittel, die Accumulatorenläden und

ebenso die Räume, in denen die Accumulatoren untergebracht sind, vollkommen säubert, so daß nach menschlichem Ermessen jede Gefahr und jeder Kurzschluß ausgeschlossen wäre. Würde die Gesellschaft in jedem Fall wegen fahrlässiger Veranlassung zur Verantwortung gezogen werden, so würden brennende Accumulatorenwagen nicht mehr vorkommen. So lange die Gesellschaft sich aber in dieser Hinsicht sicher fühlt, wird sie natürlich auch nicht einmal versuchen, in gründlicher Weise die Gefahrenquelle zu verstopfen. Eine dieser Quellen aber ist das Ausströmen von Säuredämpfen in das Wageninnere, das seinen Grund im wesentlichen in der Heberladung der Accumulatoren auf den Oberleitungsfahnen hat, wobei eine heftige Gasentwicklung stattfindet, die die Säure in der Form eines feinen Nebels emporweht. Hier zu intervenieren müßte eine wichtigere Aufgabe der Polizeiverwaltung sein als gegen gelegentliche Heberladung der Straßenbahnwagen einzuschreiten. Schon vom sanitären Standpunkt aus hätte die Polizei die Pflicht, der Straßenbahn zu lehren, daß die Heberladung des Publikums doch auch einmal eine Grenze haben müsse. Ist das Unberücksichtigen der Säure aber erst einmal gründlich beseitigt, so werden auch keine brennenden Accumulatorenwagen mehr zu verzeichnen sein. — Freilich sind wir nicht optimistisch genug, anzunehmen, daß irgend ein Erfolg gegen die Straßenbahn-Gesellschaft erzielt werden wird; dieselbe wird vielmehr systematisch weiter bohren, bis sie schließlich die Konzeption erhält, ihr grüßliches Spinnweb über ganz Berlin zu spannen, um ungestört Profite auf Profite weiter zu laufen.

In einer alldemokratischen Heidekathart erhebt das hiesige Alltagsblatt eine Verleumdung, die deshalb seinen ganzen Stolz entfacht, weil der Verleumdete angeblich ein Jude ist. Die Unentschiedenheit vertritt das Recht des freien Ausdrucks gegen alles was Juden heißt, und widmet der rabulischen That den folgenden Epilog:

Kolossal Reue scheint ein Jude im Zoologischen Garten bekommen zu haben. Augenwinkend hat man ihn diese absichtlich gemüht, so muß man wenigstens nach einem Bericht eines Blatts des Alltagsblattes Raminshagens annehmen. Dr. Freund ist der allseitige Empfänger, Freund hat einen langen Strafentzug beim Polizeipräsidenten gestellt. Der Malermeister Fr., dessen Frau und der anwesende Berliner Sch. sollen den Freund, wie er selbst berichtet, gehörig verbannt haben. Ein Arzt, Dr. Lazarus, hat ihm dies bezeugt, Freund soll eine Woche erwerbsunfähig gewesen sein. — Da lächeln die Deutschen also wirklich einmal das Radikalnittel angewandt zu haben, der Jude wird sich vor dem zweiten Mal hüten, lächeln nimmt natürlich seinen Stammesgenossen in Schutz und teilt dabei folgendes noch mit: „Interessant ist die Thatsache, daß Dr. Freund, wie er behauptet, innerhalb des Zoologischen Gartens absolut keinen Schutz und keine Hilfe finden konnte. Zweck: erkrankte er den Restaurateur Herrn Dreher, ihn beizuhelfen, dieser könne jedoch keine Intervention ab. Das Beamtenpersonal des Zoologischen Gartens soll sich geradezu unbillig benommen haben. Der Kontrolleur am Aufzuchtensdamm-Eingang erklärte, daß er einem Säugling das Verzeihen des Gartens nicht gestatten werde. Als Dr. Freund endlich einen Säugling am Aufzuchtensdamm entdeckt hatte, verweigerte dieser seinen Beistand, weil der Vorfall sich in einem Teile des Gartens zutragen hätte, der nach Berlin gehört, und er einem Charlottenburger Meier zugehört sei. Nur dank der Vermittlung eines im Garten promonierenden Offiziers gelang es dem Alltagsblatte, politische Hilfe zu erlangen.“ Freund wird seine Kränze jedenfalls ehlich verdient haben, weshalb ihn der „Sag“, den er wünschte, mit Recht verweigert wurde. Das Judenblatt ist natürlich geneigt, alle die vorerwähnten Personen ins Unrecht zu setzen; der eine Jude Freund aber hat recht.“

Ausgehend hat der Dreher in der „Staatsbürger-Zeitung“ das Verzeihen für antisemitische Akte übernommen, denn das Lob über diese zur antisemitischen Heidekathart ergebene Affäre klingt wie eine Bewährungsmaßnahme, daß die Grundzüge des Vorgehens zur profitorischen Anwendung gekommen sind. Das wollen nun die Träger des Denkmal sein, die wie rüde Straßensungen einer rohen Straßenszene zuzuheln!

Hygiene in den Barbierstuben. Kürzlich hat im Auftrage des Polizeipräsidenten Bezirksphysikus Sanitätsrat Dr. Granier verschiedene Barbiergeschäfte einer eingehenden Revision unterworfen, über deren Ergebnis folgendes berichtet wird. In vielen Geschäften fand Dr. Granier die für die Verbeugung von Flechten sowie sonstigen Hautkrankheiten besonders geeignete Padernäpfe noch im Gebrauch. Ebenso verwerflich ist die auch vielfach vorkommende Einrichtung, bei allen Kunden die Seife mit demselben Pinsel aufzutragen. Außer diesen und noch einigen anderen allgemein als unpassend anerkannten Verfahren verlangt der Herr Sanitätsrat die vollständige Aufhebung der Haarrasiermaßnahmen. Dr. Granier hat nämlich nicht eine Maschine gefunden, die zwischen ihren Zähnen nicht mit Öl verunreinigte kleine Quarzstücke enthalten hätte. Eine durchgreifende, gründliche Reinigung der Rasiermesser ist aber wegen ihrer schwierigen Konstruktion nach jedesmaligen Gebrauche — speziell bei feststehendem Geschäft — fast unmöglich, da hierzu die Zeit fehlt. Das Resultat der Revision ist also, wie gesagt, ein sehr negatives. Vom Stand der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Zimmern wird nun den Mühselknechten geraten, alle in ihrem Geschäft etwa feststehende Nebelstände zu beseitigen, da sonst die Polizeibehörde leicht Grund zum Einschreiten finden dürfte, was im eigenen Interesse zu vermeiden sei. Der Rat wird wenig Beachtung finden, denn die Herren von der Front sind vielfach auch im Gewerbe Feinde des Neuen.

Mit dem Umzug des Landgerichts I nach dem neuen Justizgebäude in der Grunerstraße ist jetzt begonnen worden. Zugleich die alten Bureau-Altstätten zum Teil, soweit sie noch brauchbar sind, mit in das neue Heim hinstellbar, so erfordert doch die vergrößerten Räumlichkeiten bedeutende Ankaufsaufwendungen. Allen für das Landgericht werden, um ein Beispiel anzuführen, fünfzehnhundert laufende Meter zehn Fuß hoher Alfenrepositorien angefertigt. Je mehr sich das Innere des monumentalen Gebäudes seiner Vollendung nähert, einen desto würdigeren und trotz der Einfachheit prächtigeren Eindruck macht es auf den Besucher. Der dunkelrote Ansehnlichkeit kontrastiert wirkungsvoll mit dem Weiß der Wände und dem hellgrauen Ton der gewählten Teden. Andererseits kommen auch die in hellem Ebenholz gehaltenen Thüren mit ihrer Einfassung aus rotem Sandstein gut zur Geltung.

Das provisorische Dienstgebäude des Reichs-Militärgerichts an der Ecke der Markgrafen- und Krausenstraße ist jetzt bis auf einige noch auszuführende Malerarbeiten in allen seinen Teilen für seinen neuen Zweck hergerichtet worden, so daß es bereits zum September d. J. bezogen werden kann. In dem stattlichen vierstöckigen Gebäude, welches an der Markgrafenstraße die Nummern 64 und 65 und an der Krausenstraße die Nummer 20 trägt, befand sich früher das Hotel „Roter Adler“ und im Hintergebäude ein Bier-Restaurant. Da mit dem in der Lehretstraße projektierten Bau eines eignen Gebäudes noch nicht einmal begonnen worden ist, so hat der Ritus das umfangreiche Dienstgebäude für einen jährlichen Preis von 75 000 M. auf mehrere Jahre gemietet und es seiner Bestimmung entsprechend einrichten lassen, wobei die zum Restaurant führende Eingangstür zugemauert worden ist und die beiden Schaufenster in kleine Fenster umgewandelt worden sind.

Die Tätigkeit des Berliner Einigungsamts. Wir erhalten folgende Zuschrift: In der Beilage des „Vorwärts“ vom Dienstag, den 21. August, finde ich einen Artikel, überschrieben: „Die Tätigkeit des Einigungsamts des Gewerbegerichts“, in dem eine Bemerkung enthalten ist, die nicht den Thatsachen entspricht. Es heißt da: „Insbesondere wird in der Öffentlichkeit Bezug genommen auf den angeblich berücksichtigten Eidespruch“ des Einigungsamts des

Berliner Gewerbegerichts im Maurerkreis im vorigen Jahre zc. zc., und weiter unten sagt der Artikelführer: „Im Maurerkreis wurde ein Schiedsgericht gebildet, d. die Arbeitgeber noch sehr günstig abgeben lieh usw.“

Diese Darstellung ist unrichtig, es wurde kein Schiedsgericht gebildet, sondern es kam eine Beilegung des Streits auf Grund eines Einigungsvertrags zu Stande.

Eine Anarchistenversammlung, welche Dienstagabend im Gewerkschaftshaus tagte, verfiel der Auflösung. Der Anarchist Dempsch sprach über die Stellung unfreier Liebhaber zum Anarchismus. Als er in etwa vierstündiger Rede dargelegt hatte, daß er trotz principieller Gegnerlichkeit die Verdienste Liebhabers um die proletarische Bewegung anerkenne, sprach er auf das Ereignis in Rom über und gebrauchte den Ausdruck, daß die anarchische Weltanschauung jeden Mord verurteile, gleichgültig, ob er an einem König oder an einer Kaiserin verübt worden sei. Bei diesen Worten erklärte der Polizeikommissar, der mit der Ueberwachung beauftragt war, die Versammlung für aufgelöst und ließ gleichzeitig den Referenten festnehmen. Zur selben Zeit erschienen etwa zehn Polizeibeamte im Versammlungsraum, um den Anordnungen des Lieutenants nachzukommen. Unter lebhaften Protestrufen gingen die Anwesenden auseinander. Wie es heißt, sollen außer Dempsch noch zwei unbekannte Teilnehmer der Versammlung verhaftet worden sein.

Bezüglich der Verladung von Postpaketen nach den Vereinigten Staaten von Amerika hat das Reichspostamt jenseit eine Verfügung erlassen, nach welcher laut einer Mitteilung der amerikanischen Postverwaltung von jetzt an auch Postpakete mit zugunsten oder zugestellter Umhüllung wieder zugelassen werden. Die Postanstalten sind deshalb angewiesen worden, solche Sendungen von der Annahme nicht mehr auszuschließen. Verlegte Postpakete dürfen nach wie vor zur Beförderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika nicht angenommen werden.

Die ungemein starke Stauentwicklung, die sich besonders in diesem Jahre während der Hitze in den Straßen der Stadt bemerkbar macht und fast das Atmen erschwert, ist zum großen Teile der immer mehr zunehmenden Einführung des elektrischen Betriebes bei der Straßenbahn beizumessen. Man kann dies mit Sicherheit daran erkennen, daß in Straßen, die keinen elektrischen Straßenbahnverkehr haben, die Staubmassen nicht im entferntesten so dicht sind, wie in Straßen, durch die man hörlich die schweren Akkumulatortrommeln rollen und durch den gewaltigen Luftdruck hinter sich die Staubwolken aufwirbeln, die eine Qual für die Fußgänger sind. Diesen Uebelständen könnte nur durch wiederholtes intensives Sprengen abgeholfen werden, da die Wasserstrahlen, mit denen für gewöhnlich gesprengt wird, kaum hinreichen, verkehrsfähige Straßen den Tag über auch nur einigermaßen vom Staube freizuhalten.

Ueber die Langsamkeit der Ausführung von Straßenpflasterungen wird in Berlin an jedem Sommer aufs neue geklagt. Manche Straßen bleiben von dem Zeitpunkt an, wo ihre Umplasterung beginnt, viele Wochen und selbst mehrere Monate hindurch gesperrt, weil die Arbeiter in langsamem Tempo betrieben werden. Solche Straßenpflasterungen bilden unter Umständen ein schweres Verkehrshindernis für einen ganzen Stadtteil und bringen den davon betroffenen Geschäftsleuten großen Schaden. Die Ursache der Langsamkeit liegt auf der Hand; es werden zu wenig Arbeiter eingestellt. Wir haben uns an diese Irdischheit allmählich so gewöhnt, daß es uns auffällt, wenn einmal irgendwo eine Umplasterung schnell durchgeführt wird. Eine solche erfreuliche Ausnahme erleben wir gegenwärtig an der Schlossfreiheit. Wer jetzt an diesem Straßenzug vorbeikommt, der wird überrascht sein von dem Wilde, das er hier erblickt. Ein Heer von Arbeitern, wie man es in Berlin bei Straßenpflasterungen vielleicht noch niemals an ein und derselben Stelle vereinigt gesehen hat, ist zusammengezogen worden, um die Regulierung und Umplasterung der Schlossfreiheit in kürzester Zeit auszuführen. Wir haben keine Lust, die Frage zu unteruchen, warum es unsre städtische Tiefbauverwaltung hier mit einem Male so kolossal eilig hat. Es genügt uns, endlich einmal zu sehen, daß in Berlin Straßenbauten doch auch in einem anderen, als dem Schneidentempo ausgeführt werden können. Ob wir aber so bald noch ein zweites Mal Gelegenheit haben werden, das in Berlin zu sehen?

Die Pestverdächtigen aus der Beobachtung entlassen. Der „Reichs-Anzeiger“ bringt über den Fall Reide folgende Darstellung des Sachverhalts: Ein Laboratoriumsdiener des Instituts für Infektionskrankheiten erkrankte am 13. August d. J. an einer hirnkalbigen Entzündung der Nase, welche im ersten Moment infestiv-dysenterisch erscheinen konnte. Alle infolge dessen gebotenen Vorsichtsmaßregeln wurden unverzüglich getroffen. Die sachmännlichen Untersuchungen haben ergeben, daß der Verdacht auf Pestkrankung ein grundlos war, und daß kein Pestfall vorliegt. Alle unter Beobachtung gestellten Personen sind demnach freigegeben.

Ein kaum glaublicher Vorgang hat sich mit dem 19 Jahre alten Dienstmädchen Amalie Kasala aus der Dorfstraße 49 zu Tempelhof bei Berlin abgespielt. Das Mädchen nahm vom 1. Juli d. J. ab in der Treptowischen Weinstube im Ostseebad Heringsdorf Stellung. Am 18. d. M., morgens gegen 8 Uhr, fengte es über einer Spiritusflasche Gänse ab. Ein andres Mädchen kam hinzu und goß aus einer Flasche neuen Spiritus in die Flamme. Wöglich sprang die Flasche mit einem Knall auseinander und Amalie A. wurde mit dem brennenden Inhalt über und über begossen. Bevor die Flamme erlosch, wurden folgende Verletzungen beobachtet: Die verbrannte Fläche nimmt etwa zwei Drittel des ganzen Körpers ein. Trotzdem lag das Mädchen länger als 48 Stunden ohne ärztliche Hilfe. Als endlich am 20. d. M. ein Arzt erschien und das bejammernswerte Mädchen untersuchte, erklärte er den Zustand für lebensgefährlich und ordnete die sofortige Ueberführung der Verbrannten nach einem Berliner Krankenhaus an. Am Montag traf das Mädchen ein. Der Zustand war da bereits hoffnungslos, und der Tod erlosch die Kenntnisse von den furchtbaren Analen. Als die Mutter, die von Heringsdorf aus benachrichtigt war, bei dem Eintreffen ihres einzigen Kindes im Krankenhaus erschien, wurde es nicht mehr erkannt. Wie es heißt, soll man in Heringsdorf rechtzeitig keinen Arzt bekommen haben. Jedoch kann man dies nur als eine verlegene Ausrede halten. Es ist dringend erforderlich, daß sich die Behörde mit der Angelegenheit beschäftigt.

Ein neuer Strafskonto hat der bereits 18 mal bestrafte 52 Jahre alte Drechsler Gustav Künning angelegt, der in der Alexandrinerstr. 50 bei der Gemütskranke Künning wohnte. Er kam in der letzten Nacht angetrunken nach Hause und larmte zunächst auf den Hof dermaßen, daß der Hauswirt einschreiten und ihn zum Verlassen des Hofes auffordern mußte. Das fiel ihm fürs Erste nicht ein; dann aber begab sich der gewaltthätige Mensch zu seiner Wirtin, mißhandelte diese und begann mit der Zerschmetterung der Einrichtung. Als nun zwei Schenkmänner vom 29. Polizeirevier zu Hilfe gerufen wurden, griff er auch diese an, wurde aber überwältigt und abgeführt. Auf dem Hausflur schlug er wiederum um sich und wollte sich freimachen, als er in die Straße der Thür geriet und sich die Pullover am rechten Handgelenk durchschnitt. Die Wunde war so schwer, daß er, nachdem ihm ein Verband angelegt war, als Polizeigefangener einem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Ein großer Dachstuhlbrand alarmierte Dienstagnachmittag fast ein Dutzend Löschzüge nach Tristrit. 40c. Gegen 1/3 Uhr zählten Flammen durch das Dach des linken Seitensüßels, die sich so rapid ausbreiteten, daß Brandweiser Tröje, der als erster mit dem Löschzuge aus der Poststraße auf der Brandstelle erschien, sofort „Mittelfeuer“ an die einzelnen Wachen gab. Die Hausbewohner, unter denen sich verschiedene nicht verheiratete Mieter befanden, gerieten in große Aufregung, zumal die oberen Etagen bald stark verqualmt waren. In kurzer Zeit waren die Flammen auch auf das Dach

des Vorderhauses übergesprungen, so daß es eines energischen Vorgehens der Wehr bedurfte, um dem Feuer den Weg zu verlegen. Ueber Treppen und eine mechanische Leiter hinweg landeten sechs Schlauchleitungen, darunter ein Dampfstrahlrohr, große Wassermassen in die Glut, wodurch nach 1/4stündiger Arbeit die Gefahr beseitigt wurde. Drei Feuerwechsele zogen sich beim Löschen eine Rauchvergiftung zu. Der verurteilte Schaden ist erheblich, da das Dach des Seitensüßels vollständig und dasjenige des Vorderhauses teilweise zerstört ist. Auch erlitten mehrere Mieter empfindliche Verluste. Die Entschädigungsbüro ist nicht ermittelt. Das Polizeipräsidium hatte ein großes Schutzmantel-aufgebot mittels Wagen behufs Abperrung der Straße nach dem Brandplatze beordert.

Orgelvortrag. Am Donnerstag, den 23. August, 7-8 Uhr, eröffnet Organist Herr Jürgens wieder die Reihe seiner Orgelvorträge und zwar mit dem 175. Konzert in der Kreuzkirche am Halleschen Thor. Es werden ihm unterhalten Frau Brigitta Thielmann (Mezzosopran), Herr K. Rife, Harzen-Mäder (Saxophon) und Herr Otto Hütchenreuter (Cello). Der Eintritt ist frei.

Die „Treppe zum Sternwart“ bietet ihren Besuchern in der Nacht von Donnerstag den 23. zu Freitag den 24. August die außergewöhnliche Gelegenheit, alle sieben großen Planeten: Merkur, Venus, Mars, Jupiter, Saturn, Uranus, Neptun und den Kometen Brooks-Borealis mit dem Refraktorkor beobachtet zu können. Um 10 1/2 Uhr abends hält Direktor Archbold einen mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrag über: „Unser Planetensystem“. Es werden besondere Karten zum Preise von 3 M. angegeben, die zur Beobachtung sämtlicher Objekte und zum Vortrag berechnigt. Die ermäßigten Preisbilletts behalten für die Einzelbeobachtung auch in dieser „Planetennacht“ ihre Gültigkeit. Das Institut ist bis morgens 5 Uhr geöffnet, um welche Zeit Entwagen der elektrischen Straßenbahn nach Treppe abgelaufen werden.

Aus den Nachbarorten.

Spandau. Morgen, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Roten Adler hier selbst eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Th. Meyer-Berlin über „Die deutsche Nacht- und Erleuchtungs-politik“ referiert. Auch erfolgt in dieser Versammlung die Aufstellung unfreier Kandidaten.

Höchst unangeordnete Zustände herrschen gegenwärtig auf dem Bahnhof Stralau-Rummelsburg. Auf dem unteren Perron muß das Publikum, um zu den nach Stralsberg und Berlin gehenden Zügen zu gelangen, das Geleise überschreiten. Zur Zeit werden nun an diesem Geleise Reparaturarbeiten vorgenommen, wobei der Weg durch lose Steine und Vertiefungen schlecht passierbar geworden ist. Infolge dieses Zustandes kam am Sonnabendmorgen die 55 Jahre alte Frau Riedemann zu Fall und schlug so unglücklich auf die Schienen, daß sie am Kopf eine große blutende Wunde davontrug. Natürlich war um diese Zeit schwer ärztliche Hilfe zu bekommen und so mußte man verhinchen, der Verwundeten ein Notverband anzulegen, um sie nach Berlin zu überführen. Noch langen Hin- und Herlaufen wurde dem auch schließlich auf der Station ein Verbandkasten entdeckt, jedoch die Benutzung unmöglich gemacht, da kein Schlüssel zur Stelle war. Es mag wohl eine halbe Stunde vergangen sein, ehe endlich auch dieses Hindernis beseitigt und von den Beamten der Schlüssel herbeigeschafft war. Mit einem notdürftigen Verband wurde nun die Verunglückte nach der Unfallstation an der Barichauer Weide gebracht, wo ihr die nötige Hilfe zu teil wurde. — Es wäre dringend zu wünschen, daß zur Vermeidung ähnlicher Vorfälle solche Reparaturarbeiten so unternommen werden, daß nicht der starke Sonntagsverkehr über solche Hindernisse hinweggeführt werden muß und die Hilfsmittel für die erste Hilfe bei Unglücksfällen wirklich zum Gebrauch vorhanden sind und nicht in sicherem Verhau gehalten werden.

Die Stadtverdingung Lichtenbergs, wie sie auf einstimmigen Beschluß von der Gemeindevertretung bei den Ausschussbehörden beantragt worden ist, scheint schon in den ersten Instanzen auf unerwartete Schwierigkeiten zu stoßen. Eine von unsren Genossen in der letzten Gemeindevertretung an den Vorsteher gerichtete Anfrage über den Stand dieser Angelegenheit wurde dahin beantwortet, daß, wenn man nach den ersten eingeholten Informationen annehmen konnte, in dem Landrat einen eifrigen Befürworter des Wunsches auf Stadtverdingung zu finden, es jetzt dem Anschein habe, als ob ein vollständiger Umschwung in dieser Frage bei dem Landrat eingetreten sei. Eine eingeholte Auskunft über Flächeninhalt, Einwohnerzahl und Steuerkraft des innerhalb der Ringbahn belegenen Teils der Gemeinde, der bei der Berliner Kanalisation angegeschlossen ist und später zum Bezirk des Amtsgerichts Berlin gehören soll, lasse die Vermutung aufkommen, man wolle diesen Ortsteil von der Gemeinde abtrennen und Berlin einverleiben. Das hieße aber die Frage der Stadtverdingung auf lange Zeit hinaus verlagern, wenn nicht ganz unmöglich machen. Bei der von allen Seiten anerkannten Notwendigkeit, die Frage der Erlangung der Stadtrechte mit aller Energie zu betreiben, wurde der Gemeindevorsteher beauftragt, mit Uebergehung der landrätlichen Instanz diese Angelegenheit dem Minister direkt zu unterbreiten. Man erwartet hier eher ein Eingehen auf die Wünsche der Gemeinde als bei der Kreisbehörde, welche im Interesse des Kreises die Gemeinde Lichtenberg mit ihren bald 50 000 Einwohnern als größte Steuerzahlerin Niederbarnims so lange wie möglich an diesen Kreis zu halten gedenkt, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß der finanziell schwachen Gemeinde, die in diesem Jahr beinahe 99 000 M. Kreissteuer aufbringen mußte, eine Gegenleistung vom Kreise nicht gegenübersteht.

Charlottenburg. Für den Verkauf und die Ablieferung von Coals auf der heiligen Gadenstalt hat die Verwaltung folgende Anordnungen getroffen: Ohne vorherige Bestellung werden nur kleine Mengen von 1-2 Hektolitern abgegeben. Wer mehr beziehen will, muß das gewünschte Quantum, aber höchstens 20-25 Hektoliter, vorher bestellen. Die Bestellungen werden in der Reihenfolge, wie sie eingegangen sind, erledigt. Der Grund für diese Maßregeln ist darin zu suchen, daß das Brennmaterial ausschließlich der Charlottenburger Einwohnerschaft reserviert werden soll. Es ist also gewissermaßen die Sperre über die auswärtigen Konsumenten verhängt, die natürlich trotzdem alles mögliche anstreben, um auf Umwegen Coals zu erlangen, da der Preis per Hektoliter 20 Pf. niedriger ist als in Berlin.

Ein mährischer Arbeitnachweis betrug nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes im Mai d. J. die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden, die neu gemeldet wurden, 374; vom vorigen Monat waren noch 100 übrig, so daß im Ganzen 474 männliche Arbeitssuchende vorhanden waren. Davon wurden 195 durch Zuweisung erledigt, 28 durch Zuruücknahme, 162 durch Streichung, und 59 sind unerledigt geblieben. Verlangt wurden zum größten Teil ungerne Arbeiter, daneben Arbeitsburden und in geringer Anzahl Fischer, Hausdiener, Portier und Wächter. Weibliche Arbeitssuchende waren vom Monat vorher noch 48 übrig, neu gemeldet wurden 133. Davon sind 53 durch Zuweisung erledigt, 4 durch Zuruücknahme, 93 durch Streichung; 31 blieben unerledigt. Von den besetzten Stellen betroffen 167 Anwärterinnen, 6 Reimadefestellen, 10 Wächterinnen, 7 Fabrikarbeiterinnen und 3 Köcherinnen. — Offene Stellen waren gemeldet 270 männliche und 124 weibliche. Von ersteren wurden 195, von letzteren 53 besetzt.

Vermishtes.

Cholera in Indien. Nachdem nun seit Jahren, durch Mittern hervorgerufen, eine erschreckende Hungernot die Bevölkerung gepeinigt, gefiel sich nunmehr auch noch die Cholera als neuer Schrecken hinzu. Obgleich die Cholera zu den endemischen Krankheiten Indiens zählt, ist sie doch keineswegs immer von gleicher Mäßigkeit. Diesmal aber scheint sie mit einer nur selten beobachteten Intensität aufzutreten, was sich auch nur zu leicht beargw, wenn man erwägt, wie gründlich der Seek durch die entriegelte Hungernot des letzten Jahres vorgearbeiten worden ist. Gehört es doch zu den alt- und allbekanntesten Thatsachen, daß jede Epidemie desto größere Verheerungen anrichtet, je mehr die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegen schädliche Einflüsse durch allgemeine Herabsetzung der Körperkräfte, wie sie regelmäßig die Folge langwieriger Entbehrungen und Kümmernisse ist, vermindert wird. Aus den veröffentlichten statistischen Tabellen geht hervor, daß die Choleraepidemie in der That eine hochernste ist. Allein unter den Rotteidenen, welche aus Regierungsmitteln Unterstützung empfangen bezw. mit Notstandarbeiten beschäftigt werden, sind neuerdings mehr denn 7000 Todesfälle verzeichnet worden. In einem einzigen derselben verlor von 5414 Cholerafällen über 3000 tödlich. Dieser ungeheure Prozentsatz von Todesfällen würde noch schrecklicher wirken, als er ohnehin thut, wenn man nicht, wie schon gesagt, wüßte, daß die vorhergegangene Hungernot als erschwerender Umstand hinzutritt.

Die Vorliebe der Damentwelt, sich ein jüngeres Lebensalter anzudeuten, ist bekannt. Nachstehender Fall dieser Art dürfte aber seinesgleichen suchen. Im Krankenhaus zu Pirna (Provinz Sachsen) ist die Orsarme Knappe gestorben, infolge ihrer eignen Angaben hielt man sie für 70 Jahre alt. Nach ihrem Tode hat sich, auf Grund des in ihrem Nachlaß vorgefundenen Taufscheins, herausgestellt, daß sie im April d. J. bereits hundert Jahre alt geworden war.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 47. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die modernen französischen Schriftsteller und die sozialistische Bewegung. Von Camille Maclair (Marzelle). — Eine deutsche Kolonialarmee. Von Ernst Dümmig. — Arbeiterversicherung in deutschen Gemeinden. Von Hugo Heimann. — Theater und Politik. Von D. Bach. — Literarische Handlungs: Gamin de Keller-Ranz, Les Bases économiques des Formes primitives de la Famille. Von Heinrich Cunow. Wilhelm Müller: Ernst Dandel. Ein Lebensbild. Das Viebesleben in der Natur. Herdäuer, Ludwig. Zur Geschichte des Verbandes der deutschen Buchdrucker. — Notizen: Die Stahlproduktion der Welt. — Feuilleton: Das schwedische Ländchen. Von Anton Tschögl. Einzige autorisierte Uebersetzung von Wladimir Gumnikow. (Fortsetzung.)

Marktpreise von Berlin am 20. August 1900

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.					
*) Weizen, gut D. Str.	15,50	15,43	Kartoffeln, neue, D. Str.	7,-	4,-
„ mittel	15,37	15,30	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20
„ gering	15,24	15,17	„ „	1,20	1,-
*) Roggen, gut	14,60	14,58	Schweinefleisch	1,60	1,10
„ mittel	14,56	14,54	Rohfleisch	1,70	1,10
„ gering	14,52	14,50	Hammelfleisch	1,60	1,20
*) Gerste, gut	15,40	14,90	Butter	2,80	2,-
„ mittel	14,80	14,30	Eier 40 Stck	3,80	2,40
„ gering	14,20	13,70	Korpen 1 kg	2,40	1,40
*) Hafer, gut	15,20	15,20	Tale	2,80	1,40
„ mittel	15,10	14,20	Händer	2,60	1,20
„ gering	14,10	13,20	Pechte	2,40	1,20
Nichtstroh	—	—	Barfche	1,80	0,80
den	—	—	Schwe	2,50	1,20
Erbsen	40,-	25,-	Wier	1,40	0,80
Speisebohnen	45,-	26,-	Größe	per Sch. 20	2,50
Linien	70,-	30,-			

*) frei Wagen und ab Bahn. **) ab Bahn, schneefrei Berlin. *) ab Bahn, frei Haus.

Produktmarkt vom 21. August. Am heutigen Getreidemarkt erschienen Weizen und Roggen in leicht beschränkter Haltung im Anschluß an die etwas bessere Stimmung, die sich auf den amerikanischen Märkten zeigte, und infolge der Erwartung regerlicher Witterung. Im späteren Verlaufe schwächte sich die Tendenz etwas ab, infolge niedrigerer Preise Rotterdam. Das Angebot aus dem Inlande blieb klein; räumliche Offerten sind zurückhaltender. Weizen und Roggen schlossen bei stillem Geschäft je 0,25 R. höher. Hafer blieb gut behauptet. Neue Ware ist knapp. Mühlz. jog leicht an. 70er loco Spiritus notierte unverändert 50,50 R.

Briefkasten der Redaktion.

H. G. 37. Wenn Sie ein Angebot nicht für einzelne Transportteile, sondern allgemein für die Krone beschließen, so wenden Sie sich an das Kriegsministerium. Als Kunde genügt: An das königliche Kriegsministerium.

C. R. 100. Grewis.

Gladmacher in Puzig. Wir sind über die Verhältnisse nicht genügend unterrichtet, um Ihnen die gewünschte Auskunft erteilen zu können.

R. 43. Rein. Wir haben an dem Urteil nichts auszusetzen.

H. R. Bebel ist weder bei dem Fürsten Bismarck noch bei einem andern Minister je zum Herabsetzen gewesen. Die Einleitung siehe unten, daß wir uns bei den einzelnen Ministern melden, d. h. unsere Karten abgeben würden. Mit einer Regierung, der wir den Gatt verweigern, also ein Mißtrauensvotum ausstellen, pflegen wir keine gesellschaftlichen Verbindlichkeiten.

H. Z. 1. Wir können Ihnen kein bestimmtes System empfehlen. Die Entscheidung dürfte Ihnen aber selbst nicht schwer fallen. 2. Als Vertriebsmittlungs-Apparat scheinen uns die Heliographenplatten das Beste. 3. Das ist nicht nötig, nur dürfte es gut sein, Ihren veränderten Beruf bei der Steuerermäßigung anzugeben. 4. Die Auswahl geeigneter Bücher können Sie in unserer Buchhandlung treffen.

G. G. 18. Die Kündigung kann am 15. während des ganzen Tages erfolgen. — Gerichtl. 79. Mit 22 Jahren feiner, mit 23 Otto, mit 20 Karl. Ein Rindst. oder Hühnerhalter für Erlangung des Doktorstitels giebt es nicht. — Victoria 300. Wird die Schwere dauernd bis zu ihrem Tode von der Stadt unterb., dann wird sie von der Stadt bestr. Uebernehmen Sie jetzt die Sorge für die Schwere, dann erben Sie, falls keine näheren Verwandten vorhanden sind. — J. G. 165. Teilen Sie dem Gerichtsvollzieher, dessen Adresse Sie aus dem Adreßbuch ersehen können, mit, daß der Herr verzogen ist, und erlauben Sie ihm, die Sachen abzuholen.

— Giese. 1. Vom 29. Tage nach Eintritt des Unfalls ab (der Tag des Unfalls zählt nicht mit) wird der sog. Unfallzuschuß gezahlt. Nur wenn das Krankengeld weniger als 2/3 des bei der Berechnung des selben (nach den Statuten der Krankenkasse) zu Grunde gelegten, also im allgemeinen des ordentlichen Tagelohns, beträgt, ist der Unfallzuschuß zu zahlen, das heißt das Krankengeld bis auf diese 2/3 zu erhöhen. 2. Rein. 3. Das neue Gesetz findet ohne weitere Anwendung. 4. Auch auf diesen Fall findet das neue Gesetz Anwendung. — C. Das wissen wir nicht.

— W. B. 23. Am 1. Oktober muß geräumt sein. — Guch. W. 2. 1. Ja. 2. Ja. 3. Beide, falls nicht der Betrag etwas andres befragt.

4. Falls Sie in Berlin geherrtet haben, gehören die eingehenden Sachen der Ehefrau nur dieser. — H. T. 101. 1. und 2. Das ist ausdrücklich im November und Dezember 1899 im „Nordost“ in mehreren Artikeln dargestellt. 3. Das ist zulässig und nicht strafbar. — G. G. 90. 1. Das wäre wünschl. 2. Nur, wenn ein gegenwärtiges Testament gemacht wird. Größten Sie ein solches. — B. J. 29. Schwere. 1. und 2. Sie würden mit der Klage nicht durchkommen. 3. Lebensbedingung ist zulässig, falls es sich um Steuern handelt, die seit nicht länger als 3 Monaten rückständig sind. — Salte. Die solche Auskunft des Amtsdieners ist belanglos, ein Prozeß hätte keine Aussicht auf Erfolg.

— Arche. Die Witwe soll Vererbung einlegen. Den Kindern stehen, da das neue Gesetz in Anwendung kommt, je 10, nicht 15 Proz. zu. Ob der Jahresarbeitverdienst zurechnend heranzet, ist läßt sich ohne nähere Angaben nicht ersehen. — Anbahnung 43. Ja. — G. G. 100. Die Hälfte der Beiträge erhält Ihre Frau nach vollzogener Heirat auf ihren Antrag zurück. Der Antrag ist an die untere Verwaltungsbehörde (in Berlin: Magistrat, Abteilung für Invaliditätsachen, Abt. 40) zu richten. — 100 G. 8. Einen wichtigen Beitrag könnte die Stadt verlangen. Beschlagnahme ist erst dann möglich, wenn Sie verurteilt sein würden. Es müßte also erst eine Klage gegen Sie mit Erfolg durchgeführt sein. — Abonement 100. Rein. — Auskunft 100. Sie können die Summe nicht von der Witwe abgeben, wohl aber einlegen. — Euden. Zur Jahre 1902. — Reito 100. Rein.

Witterungsbericht vom 21. August 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in C.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in C.
Emmende	757,30	3 heiter	21	14,0	Wuppertal	765,30	— heiter	14	14
Darmstadt	756,60	3 bedekt	19	13,0	Beiersdorf	768,50	1 wolkenl.	13	13
Berlin	756,60	4 bedekt	21	13,0	753,50	— wolflg.	16	16	
Kranff. R.	758,50	4 heiter	17	13,0	754,50	1 bedekt	12	12	
München	761,50	2 wolflg.	15	13,0	757,50	2 heit.	15	15	
Wien	760,50	— heiter	18	13,0					

Wetterprognose für Mittwoch, den 22. August 1900. Etwa 1000 Meter der wägen südwestlichen Winde, veränderlicher Bewölkung und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

— Druck und Verlag von Max Voding in Berlin.